#03 04 05 15

Streife

Das Magazin der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen

Islamistischer Terrorismus – Polizei NRW schnürt Sicherheitspaket

ROCKERKRIMINALITÄT > VEREINSVERBOTE ZEIGEN WIRKUNG

PKS 2014 > WENIGER GEWALT UND WOHNUNGSEINBRÜCHE

»Wenn wir unsere Kräfte klug bündeln und die richtigen Prioritäten setzen, werden wir diese Herausforderung gemeinsam meistern.«

Ralf Jäger
Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Liebe Leserinnen und Leser,

die Anschläge in Paris und Kopenhagen haben gezeigt, dass es eine neue Qualität der Terrorbedrohung gibt. Derzeit liegen zwar keine konkreten Hinweise auf terroristische Aktionen in Nordrhein-Westfalen vor, aber die Personen, von denen eine Anschlagsgefahr ausgeht, stellen ein wachsendes Risiko dar. Polizei und Verfassungsschutz werden daher alles Mögliche tun, um der Bedrohung durch islamistische Extremisten und Terroristen entgegenzuwirken. Dafür benötigen wir alsbald zusätzliches qualifiziertes Personal. Wir können und dürfen hier jedoch nicht auf Neueinstellungen warten. 2015 werden zwar 120 weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt, diese werden die Lücken aber erst nach Beendigung ihres Studiums schließen können. Für die dringend erforderlichen, zeitnahen Maßnahmen kommen nur bereits ausgebildete eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Betracht. Primär gilt es, die spezifischen Ermittlungs-, Aufklärungs-, Observations- und Auswertungsmaßnahmen zu intensivieren und die polizeilichen Staatsschutzdienststellen zu verstärken.

Dazu sollen insgesamt 360 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte eine neue Verwendung finden, die meisten davon im unmittelbaren Arbeitsbereich des Staatsschutzes. So wird das LKA NRW zusätzliche Kräfte für zentrale Ermittlungen sowie Auswertung und Analyse erhalten, ebenso wie acht Kriminalhauptstellen mit entsprechenden Brennpunkten. Weitere Spezialisten sind für den Ausbau von Fahndung und Observation vorgesehen. Besonders gestärkt wird zunächst die Fahndungsgruppe Staatsschutz des LKA NRW. Die Zahl ihrer Observationskommandos wird verdoppelt. Auch drei neue Mobile Einsatzkommandos werden aufgebaut. Außerdem werden zusätzliche Polizistinnen und Polizisten zum Schutz besonders gefährdeter Personen und Objekte eingesetzt. Neben der Polizei wird der Verfassungsschutz um 25 weitere Stellen verstärkt.

Mir ist durchaus klar: Die Umschichtung der Stellen zugunsten der Terrorismusbekämpfung ist eine Herausforderung für alle Beteiligten. Sie bringt aber auch Chancen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich verändern wollen. Ich bin mir sicher: Wenn wir unsere Kräfte klug bündeln und die richtigen Prioritäten setzen, werden wir diese Herausforderung gemeinsam meistern. Ich bitte Sie alle um konstruktive Begleitung dieses Prozesses.

Ihr Ralf Jäger

02 __ **Editorial**
51 __ **Impressum**

TITEL

04 __ **»Eine große Herausforderung für alle Sicherheitsbehörden«** Das aktuelle Bedrohungsszenario durch den islamischen Terrorismus in NRW
08 __ **Mehr Personal für den Einsatz gegen den islamistischen Terrorismus** Spannende Aufgaben im LKA NRW für Beschäftigte der Polizei NRW, die neue berufliche Herausforderungen suchen
14 __ **Hand in Hand gegen den Terror** Der Polizeiliche Staatsschutz der Kriminalhauptstellen bietet Interessierten neue Herausforderung

EINSATZ

16 __ **Psychosoziale Unterstützung bei der Polizei NRW** Das »PSU-Team« feiert sein zwanzigjähriges Bestehen

KRIMINALITÄT

18 __ **Vereinsverbot für Rockerclub »Satudarah Maluku MC«** Konsequent gegen gewalttätige Banden vorgehen
22 __ **Erfolgreich gegen Rockerkriminalität** Null Toleranz gegenüber kriminellen Chartern und Chaptern
28 __ **Basiswissen Rocker** Daten und Fakten zur Szene in NRW
30 __ **Polizeiliche Kriminalstatistik 2014** Weniger Gewalt und weniger Wohnungseinbrüche in NRW

PERSONALIEN

34 __ **LAFP-Direktor Dieter Schmidt geht in Pension** »Einer der fähigsten Köpfe bei der Polizei in NRW«
37 __ **Michael Früchte wird neuer Leiter des LAFP** Erfahrener Polizeibeamter mit Teamgeist
38 __ **Zukunftspreis Polizeiarbeit** Thomas Lammert aus Düsseldorf wurde für seine Bachelorarbeit ausgezeichnet
39 __ **Wolfgang Sprogies wird neuer Polizeipräsident in Hagen** Erfahrung gepaart mit hoher sozialer Kompetenz
40 __ **Frank Richter wird neuer Polizeipräsident in Essen** Polizeiexperte von der Pike auf

SPORT

41 __ **Hallenmeisterschaften in der Leichtathletik** Robin Schembera wird erneut Deutscher Hallenmeister im 800-Meter-Lauf
42 __ **16. Deutsche Polizeimeisterschaften im Crosslauf** Gold und Bronze für NRW

PRISMA

44 __ **Podiumsdiskussion zu Friedensmissionen** Bundespräsident Joachim Gauck lädt Vertreter der Polizei ein
46 __ **Barrierefreie Polizeiwache** Polizei Ratingen bezieht neues, behindertengerechtes Dienstgebäude
48 __ **Neueröffnung von Polizeiwachen in Rheine, Münster und Ratingen**

PREISRÄTSEL

50 __ **Die »Tap Dogs« erobern Düsseldorf** Die Streife verlost 2 x 2 Freikarten

04 ISLAMISTISCHER TERRORISMUS – POLIZEI NRW SCHNÜRT SICHERHEITSPAKET

18 ROCKERKRIMINALITÄT – VEREINSVERBOTE ZEIGEN WIRKUNG

30 PKS 2014 – WENIGER GEWALT UND WOHNUNGSEINBRÜCHE

Fotos (3): Jochen Tack

OBJEKTSCHUTZAUFTRÄGE
TERROR
MEHR
PLANSTELLEN
PERSONAL
AUFKLÄRUNG
SICHERHEITSPAKET
TERRORISTISCHE BEDROHUNG
VERSTÄRKUNG
POLIZEI
Absender: MIK NRW
An die Polizeibehörden
des Landes
Nordrhein-Westfalen
TERROR
AUFKLÄ
PLAN
STELLEN
KÄMPFUNG
PAKET
MEHR

Fotos (2): Jochen Tack

Innenminister Ralf Jäger und die Gäste der Behördenleitertagung zeigen sich im Kampf gegen den islamischen Terrorismus entschlossen.

»Eine große Herausforderung für alle Sicherheitsbehörden«

Das aktuelle Bedrohungsszenario durch den islamischen Terrorismus in NRW

Die Terroranschläge in Paris und Kopenhagen haben ihre Spuren hinterlassen. Der Terror wird nicht länger nur durch Sprengsätze, sondern auch mittels einfach zu beschaffender Schnellfeuerwaffen in europäischen Großstädten verbreitet. Um sich dieser veränderten Herausforderung zu stellen, verstärkt die nordrhein-westfälische Landesregierung das Personal der Sicherheitsbehörden. Insgesamt werden dem Landeskriminalamt und den Kreispolizeibehörden in NRW 360 zusätzliche Stellen Terrorbekämpfung zur Verfügung gestellt.

Anfang Januar 2015 versetzten islamistische Terroristen durch ein Attentat auf die Redaktion der Pariser Satirezeitschrift Charlie Hebdo nicht nur Frankreich, sondern ganz Europa in Schrecken. 17 Menschen wurden getötet. »Wir haben den Propheten Mohammed gerächt«, lautete das Motiv der Attentäter.

Mitte Februar 2015 eröffnete ein islamistischer Terrorist das Feuer auf ein Kulturzentrum in Kopenhagen. Er tötete einen Besucher einer Veranstaltung, die auch der schwedische Karikaturist >

Fotos (3): Jochen Tack

Klaus-Stephan Becker, Leiter der Staatsschutzabteilung des LKA NRW, verdeutlichte im Rahmen der Behördenleitertagung die Brisanz der aktuellen Situation

Lars Vilks und der französische Botschafter in Dänemark besuchten. In der folgenden Nacht erschoss derselbe Täter vor einer Synagoge einen jüdischen Wachmann. Bei den Anschlägen in Paris wurden eine Polizeibeamtin und ein Polizeibeamter getötet und fünf weitere teilweise schwer verletzt. In Kopenhagen wurden insgesamt fünf Polizeibeamte verletzt und ein Wachmann getötet.

Klaus-Stephan Becker, der Leiter der Staatsschutzabteilung des LKA NRW, verdeutlichte Ende Februar allen Gästen der Behördenleitertagung die Brisanz der aktuellen Situation. Die »Streife« dokumentiert seine wichtigsten Aussagen:

Tatort Nordrhein-Westfalen

Seit 2006 hat es in Deutschland sechs unvollendete Anschläge gegeben. Teilweise konnten sie durch frühzeitiges Handeln der Sicherheitsbehörden vereitelt werden, teilweise blieben sie glücklicherweise im Versuch stecken. Alle Tatorte lagen in NRW. Hier drei Beispiele:

> Im Juli 2006 versuchten die sogenannten »Kofferbomber«, Sprengsätze in Zügen der Deutschen Bundesbahn zu zünden. Die Bomben waren konstruktionsbedingt nicht explosionsfähig.
> Im September 2008 lockten drei islamistische Täter Kölner Polizeibeamte in einen Hinterhalt, um sie zu entwaffnen. Sie hatten keinen Erfolg. Ihr Motiv erklärten die Täter damit, dass sie den heiligen Krieg nach Köln holen und anschließend mit den Waffen der Polizisten Anschläge auf US-Einrichtungen verüben wollten.
> Im Dezember 2012 versuchten Angehörige der radikal-islamistischen Szene, einen Anschlag auf den Bonner Hauptbahnhof. In einer auf dem Bahnsteig abgestellten Reisetasche befand sich ein Sprengsatz, der nicht explodierte.

Ein Anschlag wurde vollendet. Dabei starben 2011 am Frankfurter Flughafen zwei US-Soldaten.

Islamistisch-terroristische Organisationen haben im Laufe der Zeit ihre Strategie gewechselt. Anschläge mit hohem planerischem und logistischem Aufwand sind sogenannten »low-level-Anschlägen« gewichen. Gemeint sind damit Einzelaktionen mit wenig Planungsaufwand, leicht zu beschaffenden Schnellfeuerwaffen und dem Willen, möglichst viele Menschen zu töten, um damit eine hohe mediale Wirkung zu erzielen. Diese Strategie des individuellen Jihad erhöht die Zahl möglicher Täter.

Reflexion und Gedankenaustausch bei der Behördenleitertagung

In Nordrhein-Westfalen leben bundesweit die meisten der sogenannnten Gefährder

Hier gelten aktuell 300 Islamisten als polizeilich relevant. Hierunter befinden sich beispielsweise Rückkehrer mit Kampferfahrung, aber auch Ausreisewillige, deren Ausreise untersagt und verhindert worden ist. Landesweit stieg die Zahl der einschlägigen Ermittlungsverfahren wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat (§ 89a StGB), der Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat (§ 89b StGB) oder der Bildung terroristischer Vereinigungen (§§ 129a und 129b StGB). Und sie wird zukünftig weiter steigen. Der Ermittlungsaufwand der Kriminalinspektionen Staatsschutz sowie der Staatsschutzabteilung des Landeskriminalamtes NRW (LKA NRW) steigt damit ebenfalls.

Fazit der Behördenleitertagung

Zu der Tagung, in deren Rahmen Klaus-Stephan Becker diese Ausführungen machte, hatte NRW-Innenminister Ralf Jäger alle Behördenleiter und Personalräte der Kreispolizeibehörden sowie die Gewerkschaften in das LKA NRW eingeladen: »Die Polizei NRW steht vor einer großen Herausforderung, die nur von allen Sicherheitsbehörden gemeinsam bewältigt werden könne«, erklärte der Minister.

Neben der Belastung, die auf die Behörden zukommen wird, wies Jäger aber auch auf den positiven Effekt der zusätzlichen 360 Einstellungen für die Polizei NRW innerhalb der nächsten drei Jahre hin.

Abschließend betonte Ralf Jäger: »Trotz aller Schwierigkeit der Situation: wir dürfen uns nicht verunsichern lassen. In Angst zu verfallen und sich einschüchtern zu lassen, wäre falsch. Dann hätten die Terroristen ihr Ziel erreicht.« /// ***Redaktion Streife***

Mehr Personal für den Einsatz gegen den islamistischen Terrorismus

Spannende Aufgaben im LKA NRW für Beschäftigte der Polizei NRW, die neue berufliche Herausforderungen suchen

Das Sicherheitspaket zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus ist geschnürt und die praktische Umsetzung erfolgt prompt: Das Landeskriminalamts NRW (LKA NRW) veröffentlicht aktuell die ersten Ausschreibungen für 140 zusätzliche Stellen. »Dem LKA NRW kommt bei der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus in unserem Land eine besondere Bedeutung zu«, so Uwe Jacob, der Direktor des LKA NRW.

Bei den ausgeschriebenen Stellen ist für die unterschiedlichsten Interessen etwas dabei: Für gestandene Ermittler oder solche, die es werden wollen; für Analysten, die gerne den Überblick behalten; für die Operativen, die ihre Zukunft zwar im Bereich der Ermittlungen sehen, jedoch gern »auf die Straße« wollen; für Technikbegeisterte; für Sprengstoffexperten oder für solche, die in einer Führungsstelle die Fäden ziehen möchten. Auch verschiedene Funktionsstellen der Besoldungsstufe A 12 und A 13 werden ausgeschrieben.

Sofern Interessierte keine kriminalpolizeiliche Vorerfahrung haben oder über keine entsprechende Basiskompetenz verfügen, werden sie durch die Einführungsfortbildung für Ermittlungsbeamte vorbereitet. Neue Mitarbeiter werden durch ein persönlich zugeschnittenes Einarbeitungskonzept an ihre neue Aufgabe herangeführt. Erfahrene Ermittler begleiten sie hierbei. Eine grobe Übersicht bieten die folgenden Stellenbeschreibungen. >

Foto: Jochen Tack

Fotos (2): Jochen Tack

Fahndungsgruppe Staatsschutz (FGST)

Die Fahndungsgruppe Staatsschutz wird an den Standorten Düsseldorf/Neuss und Bochum um insgesamt 90 Stellen aufgestockt und damit verdoppelt. Die taktischen Gruppen der FGST nehmen Observations-, Aufklärungs- und Fahndungsaufgaben im Bereich der politisch motivierten Kriminalität wahr.

Für eine Übergangszeit können sich Beamte mit der zweiten Fachprüfung bereits nach einjähriger Verwendung im Wach- und Ermittlungsdienst auf die Stellen der taktischen Gruppen und der Technischen Gruppe Staatsschutz (TGST) bewerben. Ehemalige Mitarbeiter der FGST oder TGST sowie der Mobilen Einsatzkommandos des Landes oder der Einsatztrupps können sich ebenfalls bewerben. Das Einstiegshöchstalter wurde heraufgesetzt: Bewerben kann sich, wer zum Stichtag 1. September 2015 noch nicht älter als 45 Jahre alt ist. Bei spezieller fachlicher Qualifikation sind Bewerbungen auch ohne zweite Fachprüfung oder bei höherem Alter möglich. Interessierte sollten sportlich fit sein, dem »Arbeitsplatz Pkw« positiv gegenüber stehen und technisches Verständnis mitbringen. Das LKA NRW bietet hier ein höchst interessantes Betätigungsfeld, auf das alle neuen Mitarbeiter mit einer kompakten Einführungsfortbildung sowie weiteren Spezialisierungslehrgängen vorbereitet werden.

Technische Gruppe Staatschutz (TGST)

Die TGST stellt unter anderem spezielle Foto- und Videoüberwachungstechnik zur Verfügung, um die Taktischen Gruppen zu entlasten und verdeckte Maßnahmen in schwierigen Situationen erst möglich zu machen. Daneben gehören Sprachübertragung, Ortung, Öffnungstechnik sowie anspruchsvolle IT-Unterstützung zu den Kernaufgaben der operativ ausgerichteten Technischen Gruppe. Wer operative Technik und Polizeiarbeit in Kombination erleben will, wird hier ein interessantes Betätigungsfeld finden. Der Dienstsitz wird im Bereich Düsseldorf/Neuss liegen.

Führungsstelle der Abteilung 2 (Staatsschutz)

Die Abteilung 2 des LKA NRW ist die Zentralstelle des Polizeilichen Staatsschutzes für NRW. Sie unterstützt die Abteilungsleitung bei der Wahrnehmung ihrer Führungsaufgaben. Die zusätzlichen Stellen und ein gesteigertes Einsatzaufkommen führen in dieser Abteilung zu einem höheren administrativen Aufwand. Wer gerne den Überblick behält und mit hoher Auffassungsgabe koordiniert, ist in der Führungsstelle der Abteilung 2 gut aufgehoben.

Grundsatzangelegenheiten und Networking im Dezernat 21

Hier bekommen die Staatsschützer Einblick in die internationale und nationale Lageentwicklung auf dem Gebiet des islamistischen Terrorismus. Die Mitarbeiter des Sachgebietes 21.1 betreiben >

Fotos (2): Jochen Tack

Observations- und Aufklärungsmaßnahmen tragen maßgeblich zum Erfolg der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus bei.

Netzwerkarbeit. Sie halten Kontakt zu den Kriminalinspektionen Polizeilicher Staatsschutz, dem BKA, dem Verfassungsschutz und anderen Sicherheitsbehörden. Ein Mitarbeiter des Dezernates 21 vertritt das Land NRW im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) in Berlin, wo der Austausch von Wissen und Erkenntnissen mit 40 Sicherheitsbehörden zusammenläuft.

Sicherheits- und Zulässigkeitsüberprüfungen sowie Anti-Terror-Datei im Dezernat 23

Nähme man jeden Hinweis auf Anschläge ernst, so würde das ganze System gelähmt – doch bereits ein Fehler könnte im Desaster enden. Welche Personen und Objekte sind gefährdet und in welchem Maße? Welche polizeilichen Maßnahmen müssen getroffen werden? Mitarbeiter des Dezernates 23 beschäftigen sich mit diesen Fragen. Sie gleichen Fakten mit Erfahrungen und Erkenntnissen der verschiedenen Sicherheitsbehörden und der Rechtslage ab. Sie prüfen Plausibilität und Logik. Gutes Basiswissen und ein gewisses Gespür sind hier gefragt. Wenn die Analysten zu dem Ergebnis kommen, dass eine Gefährdungs- und Bedrohungslage vorliegt, beginnt sich das Räderwerk eines Sondereinsatzes zu drehen.

Ermittlungskommissionen

Die meisten Strafverfahren im Bereich der politisch motivierten Kriminalität werden von den Kriminalinspektionen Polizeilicher Staatsschutz der Kriminalhauptstellen geführt. Wenn jedoch Anhaltspunkte für überregionale, länderübergreifende oder internationale Tatzusammenhänge vorliegen, werden die Ermittlungskommissionen der Abteilung 2 des LKA NRW aktiv. In der Regel bearbeiten die Mitarbeiter komplexe Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit kriminellen und terroristischen Vereinigungen. Sie nutzen hierbei ein großes Spektrum offener und verdeckter Ermittlungsmaßnahmen von der Durchsuchung bis zur Telekommunikationsüberwachung. Hierzu gehören auch spezielle Finanzermittlungen, mit denen kriminelle und terroristische Vereinigungen die finanzielle Basis entzogen werden kann.

Auswertung und Analyse

Wer gegen den islamistischen Terrorismus vorgehen will, muss ihn kennen und verstehen. Strategische Entscheidungen der Führung können nur so gut sein wie die Erkenntnisse, auf denen sie beruhen. Der Erwerb dieser Erkenntnisse sowie die Strukturierung, Aufbereitung und Analyse dieses Wissens ist Aufgabe der Auswerter der Abteilung 2. Sie sind die Experten für Islamismus und sammeln Informationen aus einer Szene, die den meisten Menschen verschlossen bleibt. Hier werden Fakten bewertet und

Die Stellenausschreibungen sind im Intrapol NRW zu finden unter: **http://intrapol.polizei.nrw.de/ZentraleAufgaben/perso/stellen_land/Seiten/default.aspx**

für Lagebilder, Berichte und Stellungnahmen aufbereitet. Brennpunkte werden so frühzeitig erkannt.

Die Zentrale Internetrecherche (ZIR)

Sie ist Teil des Cybercrime-Kompetenzzentrums des LKA NRW. Einer ihrer Schwerpunkte liegt im Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität. Mit ihren Recherchen im Internet leisten die Mitarbeiter entscheidende Beiträge, um das Dunkelfeld des islamistischen Terrorismus zu erhellen. Bestehen Anhaltspunkte für strafbares Verhalten, leiten sie die ersten Ermittlungsmaßnahmen ein und geben das Verfahren an die zuständige Stelle weiter.

Telekommunikationsüberwachung

Auch islamistische Terroristen nutzen für ihre Kommunikation die Datenströme der digitalen Datennetze. Die Maßnahmen in diesem Bereich sind ein wichtiger Baustein in den Ermittlungsverfahren. Das LKA NRW ist für die kriminalfachliche Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) zuständig. Im Alltag bedeutet dies für die Mitarbeiter, die Ermittlungsersuchen aus den Kreispolizeibehörden und dem LKA NRW zu bearbeiten und entsprechende Überwachungsmaßnahmen einzurichten. Sie halten dabei Kontakt mit den beauftragenden TKÜ-Koordinatoren der Behörden. Ähnliche Aufgaben übernehmen sie bei der Abfrage von Verkehrsdaten und der Ortung von Mobiltelefonen.

CASE – komplexe Fälle mit intelligenter IT lösen

Die Unterstützungsgruppe (UG) CASE hilft den Ermittlern zentral, aber auch vor Ort, die umfangreichen Ermittlungs- und Auswertemöglichkeiten des Systems CASE effizient einzusetzen und die vielfältigen Möglichkeiten, die die Anwendung bietet, zu nutzen. Die Mitarbeiter der UG CASE benötigen kriminalfachliche Kompetenz, vor allem aber auch hohe IT-Kompetenz. Sie wissen, wie Massendaten in Ermittlungsverfahren erfolgreich im- oder exportiert werden und sind in der Lage aus komplexen Recherchen aussagekräftige Ergebnisse zu liefern.

Tatortgruppe Sprengstoff/Brand (TOG)

Die Sicherheit der Entschärfer steht an erster Stelle. Gemäß dem Grundsatz »Technik vor Personal« ist die technische Ausstattung der TOG in den vergangenen zwei Jahren erneuert und aufgestockt worden. Mittlerweile hat sie eine der besten Ausstattungen in Deutschland. Jetzt können zwei Entschärfer-Teams unabhängig voneinander je einen vollausgestatteten MAN-Truck nutzen. Viele Entschärfungsmaßnahmen sind mittlerweile ferngesteuert über fahrbare Roboter durchführbar. Trotz aller Technik erfordern bestimmte Einsatzsituationen aber auch heute noch ein persönliches Handanlegen im Bombenschutzanzug. ///

Claudia Franken, LKA NRW

Hand in Hand gegen den Terror

Der Polizeiliche Staatsschutz der Kriminalhauptstellen bietet Interessierten neue Herausforderung

Terrorismusbekämpfung obliegt nicht nur zentral dem LKA NRW, sondern auch dezentral den Kreispolizeibehörden. Im Rahmen des Sicherheitspakets zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus schreibt das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP NRW) zur Verstärkung der Kreispolizeibehörden in Bielefeld, Bochum, Bonn, Duisburg, Düsseldorf, Köln, Mönchengladbach und Wuppertal landesweit bis zu 60 Stellen aus. Die Aufgaben, die auf Interessierte zukommen, sind vielfältig und anspruchsvoll. Jürgen Mehlem ist seit Oktober 2014 der Leiter des Polizeilichen Staatsschutzes des Polizeipräsidiums (PP) Bonn. Seine früheren Vorstellungen von den Aufgaben und der Arbeit des Staatsschutzes seien nicht vergleichbar mit den Einsätzen, die er heute erlebe, meint er. Für die »Streife« berichtet Jürgen Mehlem aus seinem Alltag.

Ein Beispiel: Es ist acht Uhr. Ich sitze in meinem Büro in der zweiten Etage des Polizeipräsidiums Bonn. Mein Telefon klingelt. Der Inhalt des Gespräches ist eindeutig: Gegen Nachmittag wird die Rückkehr von neun Personen aus einem somalischen Kampfgebiet erwartet. Das Flugzeug SX 3798 mit dem Ziel Frankfurt ist bereits in der Luft. Diese neun Personen werden der salafistischen Szene in Bonn zugerechnet*.

Diese Lage erfordert eine sofortige Reaktion: Telefonkonferenzen unter Beteiligung verschiedener Verfassungsschutzämter, dem Bundeskriminalamt, dem Ministerium für Inneres und Kommunales, Landeskriminalamt und weiteren Polizeibehörden.

Das Ergebnis dieser Gespräche: Im PP Bonn wird die Besondere Aufbauorganisation »Flugzeug« eingerichtet. Jetzt geht alles ganz schnell: Flugdaten werden herangezogen, Passagierlisten überprüft. Das weitere Vorgehen wird mit dem Innenministerium Hessen, der Bundespolizei und dem Zoll abgestimmt- alle arbeiten Hand in Hand.

Der Zoll und die Bundespolizei kontrollieren alle Passagiere und das Gepäck des Fluges SX 3798. Beamte des Staatsschutzes des PP Bonn fahren für eventuell erforderliche Sofortmaßnahmen zum Flughafen Frankfurt. Die Fahndungsgruppe Staatsschutz des LKA NRW ist alarmiert und ebenfalls auf dem Weg in die Mainmetropole. Ziel ist es, die Verdächtigen bis zu ihrem Zielort Bonn zu oberservieren, um auch Kontaktpersonen identifizieren zu

Fotos (2): Jochen Tack

können. Nachdem die Salafisten gegen 21 Uhr in Bonn eingetroffen sind, werden weitere operative Maßnahmen durch den Staatsschutz des PP Bonn übernommen. Alle Personen stehen weiterhin im Fokus der Ermittlungen.

Dieses Beispiel ist kein Einzelfall. Die Zahl der Personen, von denen eine Anschlagsgefahr ausgeht, steigt, und sie stellen ein erhöhtes Risiko dar. Die Verstärkung des Personals der Sicherheitsbehörden in NRW ist notwendige Reaktion auf diese Entwicklung.

Kriminalpolizeiliche Ermittlungsarbeit auf höchstem Niveau

Früher war der Polizeiliche Staatsschutz für mich eine relativ unbekannte Welt. Ermittler sind hinter ihren Bildschirmen versteckt, bewerten geheime Informationen und dürfen mit niemanden darüber reden. So in etwa war meine Vorstellung von den alltäglichen Abläufen in der Staatsschutzdienststelle einer Polizeibehörde.

Ein wenig überrascht war ich dann schon, als ich die Abläufe im Detail kennenlernte. Hoch spezialisierte, motivierte Kolleginnen und Kollegen mit einem großen Erfahrungsschatz bewältigen hier nicht alltägliche Lagen. Die Ermittlungsverfahren werden immer anspruchsvoller, Ad-hoc-Einsatzlagen und operative Maßnahmen an Objekten und Personen gehören täglich dazu. Ermittlungskommissionen werden eingerichtet, Vertrauenspersonen eingesetzt und der Einsatz von verdeckten Maßnahmen geprüft. Das gesamte Repertoire kriminalpolizeilicher Ermittlungen gehören zu den Aufgaben von Ermittlerinnen und Ermittlern des Polizeilichen Staatsschutzes. Die operative Ausrichtung gewinnt zunehmend an Bedeutung. Observationen und andere interessante Einsätze – auch außerhalb der regulären Dienstzeit- gehören dazu. Lernen Sie eine neue und vielseitige Verwendung kennen und stärken Sie uns im Kampf gegen den Terrorismus. Die anderen Leiter der Staatsschutzinspektionen und ich freuen uns auf Ihre Bewerbung! ///

Jürgen Mehlem, PP Bonn

**Die Darstellung der Geschehnisse wurde zum Schutz der Ermittlungen redaktionell angepasst.*

Fotos (2): Jochen Tack

Psychosoziale Unterstützung bei der Polizei NRW Das »PSU-Team« feiert sein zwanzigjähriges Bestehen

Seit 20 Jahren bietet das »PSU-Team Polizei NRW« den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei NRW psychosoziale Unterstützung (PSU) nach besonders belastenden Ereignissen an. Ende Februar fand eine Feierstunde zu Ehren des PSU-Teams im Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK) statt. NRW-Innenminister Ralf Jäger dankte dabei den Mitgliedern des Teams für ihr großes Engagement.

» Sie sind es, die Tag und Nacht für die Kolleginnen und Kollegen zur Stelle sind, erreichbar sind, wenn Mitarbeiter akute psychologische Hilfe benötigen. Hierfür möchte ich Ihnen außerordentlichen Dank aussprechen. Danken möchte ich Ihnen insbesondere auch für Ihr Engagement. Sie üben diese Tätigkeit neben dem Hauptamt aus – das ist nicht selbstverständlich«, betonte Jäger.

Im Vergleich zu anderen Berufsgruppen werden Polizistinnen und Polizisten während ihrer Arbeit überproportional oft mit belastenden Situationen konfrontiert. Die meisten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sind sich dieses Risikos bewusst. Dennoch kann sie das persönliche Erleben eines belastenden Ereignisses regelrecht aus der Bahn werfen. »Als Leiter der obersten Dienstbehörde ist es meine Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass die Polizei über das erforderliche Handwerkszeug verfügt, um allen erdenklichen Herausforderungen im täglichen Dienst begegnen zu können. Hierzu gehört für mich neben der Ausstattung mit einer qualitativ hochwertigen Ausrüstung und einer ebensolchen Aus- und Fortbildung insbesondere auch, betroffene Mitarbeiterinnen und

Der Flyer »Hilfe bei belastenden Ereignissen – Psychosoziale Unterstützung bei der Polizei NRW« des PSU-Team Polizei NRW ist im IntraPol der Polizei NRW verfügbar.

Mitarbeiter nach besonders belastenden Ereignissen nicht alleine zu lassen. Ihnen Hilfe anzubieten, wenn sie Hilfe benötigen«, so der Innenminister. Die NRW-Studie »Gewalt gegen PVB« hat verdeutlicht, dass Betreuungsangebote öfter in Anspruch genommen werden, wenn sie den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bekannt sind. Um hierzu einen Beitrag zu leisten, wurden die verschiedenen bestehenden Hilfsangebote im Intrapol NRW zentral auf der Landesstartseite zusammengefasst. Dadurch ist nun ein vereinfachter Zugriff auf die bestehenden Betreuungs- und Unterstützungsangebote, wie etwa die des PSU-Teams, möglich.

»Ich kann mir vorstellen, dass die psychosoziale Unterstützung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nach besonders belastenden Ereignissen auch Sie als Mitglieder des PSU Team Polizei NRW bedrücken und Ihnen außergewöhnliche Belastungen aufbürden kann. Auch für Ihre Bereitschaft, dies alles auf sich zu nehmen, möchte ich Ihnen danken«, betonte der Minister. /// ***Redaktion Streife***

DAS PSU-TEAM DER POLIZEI NRW

Dem PSU-Team Polizei NRW gehören aktuell drei Polizeiärzte und acht psychologisch fortgebildete Polizeibeamtinnen und -beamte des höheren Dienstes an. Die Mitglieder sind nach dem SbE/CISM-Standard (Stressbearbeitung nach belastenden Ereignissen/Critical Incident Stress Management) fortgebildet und zertifiziert. Der Einsatz des Teams kann vor allem nach besonders belastenden Ereignissen wie etwa Schusswaffengebrauch, Todesbedrohung, Suiziden von Polizeiangehörigen oder Gewalt gegen Polizeibedienstete mit Schwerverletzten oder Toten erforderlich sein. Die Mitglieder des PSU-Team Polizei NRW leisten durch ihre Akutbetreuung einen wesentlichen Beitrag zur Vermeidung bzw. zum Abklingen von akuten oder posttraumatischen Belastungsreaktionen bei den Betroffenen. Die Arbeit des Teams reiht sich in die Maßnahmen zur Studie »Gewalt gegen PVB« ein und ist damit ein Baustein im behördlichen Gesundheitsmanagement.

Foto: Jochen Tack

Vereinsverbot für Rockerclub »Satudarah Maluku MC« Konsequent gegen gewalttätige Banden vorgehen

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat dem niederländischen Verein »Satudarah Maluku MC« am 24. Februar jede Tätigkeit in Deutschland untersagt und auch die deutschen Teilorganisationen (»Chapter«) des Vereins verboten. NRW-Innenminister Ralf Jäger begrüßt das bundesweite Verbot und bewertet diesen Schritt als wichtigen Beleg für das entschlossene Vorgehen der Sicherheitsbehörden im Kampf gegen gefährliche Kriminelle. Er betont: »Damit geben wir ein klares Signal an diese Banden: Ihr seid im Visier. Bund und Länder handeln: Gemeinsam und entschlossen.«

Seit der Gründung des ersten Chapters in Duisburg im Jahr 2012 hat die NRW-Polizei die Rockerbande Satudarah genau beobachtet, konsequent ermittelt und die nötigen Beweise gesammelt. Diese intensiven Ermittlungen der Polizei haben wichtige Erkenntnisse gebracht und die Basis für das bundesweite Verbot gelegt. Ralf Jäger: »Es geht hier nicht um motorradbegeisterte Menschen und Lagerfeuerromantik. Von den Satudarah-Banden wissen wir, dass sie bedrohen, erpressen und gewalttätig sind. Sie setzen ihre Gebiets- und Machtansprüche brutal gegen andere durch. Sie schotten sich ab, stellen eigene Regeln auf, missachten die Grundwerte unserer Gesellschaft und üben Selbstjustiz. Deswegen gehen wir gegen diese gewalttätigen Subkulturen entschieden vor.«

Bei fast allen Treffen oder Veranstaltungen von Rockern ist die Polizei in NRW vor Ort und kontrolliert. So wurden in den letzten drei Jahren mehr als 21.000 Personen und 7.300 Fahrzeuge gezielt überprüft. Hierbei wurden auch zahlreiche Hieb- und Stichwaffen sichergestellt. Die Ermittler erlangten außerdem weitere wichtige Erkenntnisse über die Banden. »Vereinsverbote tragen entscheidend dazu bei, kriminelle Strukturen zu zerschlagen. Deshalb beobachten wir die Rockerbanden weiterhin sehr genau und halten den Fahndungs- und Ermittlungsdruck auf diese Kriminellen hoch,« so Jäger. Kriminelle Rockerbanden sind international vernetzt und agieren grenzüberschreitend. Das Vorgehen gegen sie ist daher auch ein strategischer Schwerpunkt der Kriminalitätsbekämpfung.

»Ich bin der festen Überzeugung, dass auch die konsequente Umsetzung des sogenannten »Kuttenverbots« den Handlungsspielraum der Rocker in Deutschland deutlich einschränkt und damit die Rocker besonders hart trifft. Seither können sie sich nicht mehr martialisch in der Öffentlichkeit präsentieren und Angst und Schrecken verbreiten«, betont der NRW-Innenminister. /// ***Redaktion Streife***

Fotos (5): Jochen Tack

DAS VERBOT

Das Verbot stützt sich auf § 3 Absatz 1 des Vereinsgesetzes. Demnach laufen Zweck und Tätigkeit des Vereins »Satudarah Maluku MC« einschließlich seiner Teilorganisationen im Inland den Strafgesetzen zuwider. Von dem Verein geht eine schwerwiegende Gefährdung für individuelle Rechtsgüter und die Allgemeinheit aus. Der Schwerpunkt der kriminellen Prägung des Vereins liegt im Bereich der Betäubungsmittel-, Waffen- und Sprengstoffdelikte. Prägend für den Verein ist auch dessen strafrechtswidrige Selbstbehauptung gegenüber konkurrierenden Organisationen. Hier kam es in der Vergangenheit wiederholt zu schweren Körperverletzungs- und versuchten Tötungsdelikten.

Spezialeinheiten der Polizei NRW bei ihrem Einsatz in Zusammenhang mit dem Verbot des Rockerclubs Satudarah in Duisburg

GROSSANGELEGTE DURCHSUCHUNGEN IN NRW

Mehr als 540 Polizeibeamte, darunter auch Spezialeinheiten, durchsuchten am 24. Februar in NRW zeitgleich mehrere Vereinsgelände und Wohnungen von Mitgliedern des Rockerclubs »Satudarah MC«. Ziel der Durchsuchungen der Polizei NRW im Februar waren die Chapter »Satudarah MC Tigatanah«, »Satudarah MC Dark Company«, »Satudarah MC Nusa Ina« und »Satudarah MC Yeniceri« in Aachen, Ahaus, Alsdorf, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Herzogenrath, Kamp-Lintfort, Mülheim an der Ruhr, Oer-Erkenschwick, Recklinghausen und Würselen. Neben Vereinsbesitz und Vereinssymbolen beschlagnahmten die Polizisten 19 Messer, sechs Schlagstöcke, drei Schlagringe, fünf Macheten, sieben Schwerter, vier Gas- und Schreckschusspistolen, elf Funkgeräte, 24 Kutten, etwa 100 weitere Bekleidungsstücke mit Satudarah-Symbolen, 160 Vereinsaufnäher sowie Laptops, Tablets und Speichermedien.

Auch in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Bremen hat es an diesem Tag zeitgleich Durchsuchungen und Beschlagnahmungen bei weiteren Chaptern des Vereins gegeben. Neben den vier Chaptern in NRW gibt es jeweils ein Chapter in Bayern (»Satudarah MC Borderland«), Niedersachsen (»Satudarah MC Northside«) sowie Baden-Württemberg (»Satudarah MC No Mercy).

Erfolgreich gegen Rockerkriminalität

Null Toleranz gegenüber kriminellen Chartern und Chaptern

Im Jahr 2010 richtete der Direktor des LKA NRW in der Abteilung 1 das »Projekt 124« ein. Die zwölf Mitarbeiter des Projekts beschäftigen sich hauptamtlich mit dem Thema Rockerkriminalität. Thomas Jungbluth, der Leiter der Abteilung 1 – Ermittlung, Analyse, Auswertung Organisierte Kriminalität im LKA, und Klaus Zimmermann, der Leiter der Auswerte- und Analysestelle OK im LKA NRW, in der das »Projekt 124« eingebunden ist, erklären im Gespräch mit der Streife, welche Strategie die Polizei NRW bei der Bekämpfung von Rockerkriminalität verfolgt.

Die Streife: Warum wurde das »Projekt 124« im LKA gegründet?

Jungbluth: Rockerkriminalität ist seit Jahren ein Schwerpunktthema im Bereich der Organisierten Kriminalität. Bei der Bekämpfung dieses überregionalen und bundesweiten Phänomens haben die Mitarbeiter die Aufgabe, Erkenntnisse aus den Polizeibehörden im Land und aus den anderen Ländern zusammenzuführen, Gefahrenlagen frühzeitig zu erkennen, Lagebilder zu erstellen oder bestehende Ermittlungskommissionen durch

Fotos (2): Jochen Tack

**Thomas Jungbluth,
Leiter der Abteilung 1 – Ermittlung, Analyse, Auswertung Organisierte Kriminalität im LKA**

Auswertung zu unterstützen, um so den Behörden die notwendigen Informationen für die Einsatzbewältigung und Vorgangsbearbeitung vor Ort zur Verfügung zu stellen. In enger Abstimmung mit dem Einsatzdezernat des LZPD stellen wir so eine Bewertung von Gefahrenlagen und die Einsatzbewältigung nach einem einheitlichem Standard sicher. An der Bekämpfung der Rockerkriminalität ist also nicht nur das LKA beteiligt. Hinzu kommt die Arbeit, die in den Behörden geleistet wird. Vom Wach- und Wechseldienst, über die Hundertschaften bis hin zu den Fachkommissariaten in NRW beschäftigen sich sehr viele Beamtinnen und Beamte mit dem Thema Rocker.

Die Streife: Was bedeutet die »Null-Toleranz-Strategie« der Polizei ganz konkret?

Jungbluth: Die so genannte »Null-Toleranz-Strategie« bedeutet, dass wir Rockern klar machen: Bei allem was sie tun, müssen sie sich an Recht und Gesetz halten. Und wenn sie dies nicht tun, müssen sie immer mit polizeilichen Maßnahmen rechnen. Es darf nicht toleriert werden, dass Rocker ihre eigenen Regeln aufstellen und dabei das Gewaltmonopol des Staates ignorieren. Die Strategie der Polizei NRW basiert dabei auf vier Säulen: 1. Aufklärung betreiben, 2. Kontrollen durchführen, 3. Strafverfahren einleiten und 4. die Möglichkeiten des Vereinsrechts ausnutzen. Dadurch erhält man ein Maßnahmenpaket, das Rocker von allen Seiten ins Visier nimmt.

»Ein Verbot wird nicht dazu führen,
dass sich die kriminelle Gesinnung eine Rockers ändert.«

Klaus Zimmermann

Die Streife: Wie sehen diese Maßnahmen konkret aus?

Jungbluth: Zur ersten Säule gehört etwa, dass die Behörden im Blick haben, wo Charter und Chapter ansässig sind, wo sich Treffpunkte befinden, welche Personen zu welcher Gruppierung gehören, wann Treffen stattfinden oder ob es Anhaltspunkte für Konflikte oder die Eskalation von Konflikten zwischen den rivalisierenden Gruppen gibt. Wenn wir solche Anlässe erkennen, bewerten wir gemeinsam mit der örtlich zuständigen Behörde, welche polizeilichen Maßnahmen erforderlich sind, um zum Beispiel eine Eskalation zu verhindern. Die örtlich zuständige Kreispolizeibehörde richtet dann etwa eine BAO ein und entwickelt ein Einsatzkonzept, das über gezielte Aufklärungs-, Kontroll- oder Präsenzmaßnahmen einen hohen Kontrolldruck auslöst. Ein praktisches Beispiel für die Umsetzung der zweiten Säule: Anfang März hat es in Velbert einen Treffen gegeben, bei dem sich ein neues Chapter der »Brothers« gründen wollte. Die Kreispolizeibehörde Mettmann hatte dazu einen Einsatz geplant. Im LKA haben wir dazu Infos zusammengetragen und einen Lagebeitrag geliefert. Über das LZPD hat der LR Mettmann zusätzliche Kräfte angefordert und bei dem Treffen Kontrollen durchgeführt, deren Ergebnis nicht nur unsere Erkenntnislage verbessert hat, sondern auch den hohen Kontrolldruck gegen diesen Gruppen deutlich zeigt. Bei anderen Veranstaltungen, wie etwa gemeinsamen Ausfahrten, wird genauso verfahren.

Im Rahmen der dritten Säule nutzen wir alle rechtlichen Möglichkeiten, die wir haben, um Strafverfahren gegen Rocker zu generieren. Wir konzentrieren uns uns nicht nur auf die offensichtlichen Bereiche wie Körperverletzung, Waffenbesitz oder Betäubungsmittel, sondern schöpfen auch andere verwaltungsrechtliche >

**Klaus Zimmermann,
Leiter der Auswerte- und Analysestelle OK im LKA NRW, in der das »Projekt 124« eingebunden ist**

Maßnahmen voll aus. Dabei kann es zum Beispiel um Verstöße im Rahmen des Bau- oder Gewerberechts gehen oder auch um straßenverkehrsrechtliche oder steuerrechtliche Aspekte. Auch geringfügige Verstöße werden geahndet. Die vierte Säule »Vereinsrecht« befasst sich mit Verboten rund um Rockerclubs. Im Jahr 2001 konnten wir beispielweise erreichen, dass das Hells Angels Charter Düsseldorf verboten wurde, im Jahr 2012 das Hells Angels Charter Cologne und das Bandidos Chapter Aachen. Mit Satudarah ist jetzt das erste Mal ein OMCG bundesweit verboten worden. Dieses Verbot ist maßgeblich von der Polizei Duisburg vorbereitet worden. Durch ihre Ermittlungsergebnisse konnte dem Bundesinnenministerium genug Material an die Hand gegeben werden, um dieses Verbot durchzusetzen. Aber auch das so genannte »Kuttentrageverbot« fällt in diesen vierten Bereich. Es besagt, dass von verbotenen Vereinen in der Öffentlichkeit keine Symbole mehr gezeigt oder getragen werden dürfen.

Streife: Was bewirken denn Vereinsverbote bei den Rockern?

Zimmermann: Natürlich sind solche Verbote nur ein Baustein in einem großen Maßnahmenpaket – man darf ein Verbot nicht als isolierte Maßnahme sehen. Ein Verbot wird nicht dazu führen, dass sich die kriminelle Gesinnung eine Rockers ändert. Das ist aber auch nicht das Ziel eines Verbots. Die Verbote eröffnen uns weitere Möglichkeiten und führen zu Unruhe und Verunsicherung in der Rockerszene. Sie verhindern, dass sich Strukturen festigen und etablieren. Das Kuttenverbot ist deshalb ein wichtiges Mittel, weil das Tragen einer Kutte ein wichtiges »Marketing-Instrument« und ein Symbol der Rocker ist. Es unterstreicht ihr martialisches Auftreten und ist Bestandteil ihres Machtgefüges. Wenn man ihnen das wegnimmt, dann fehlt ihnen etwas Grundlegendes. Die Außenwirkung ist dann eine ganz andere.

Die Streife: Wie wird innerhalb der Rockerszene auf die Verbote reagiert?

Zimmermann: Einerseits zeigt sich ein Vermeidungsverhalten. Wenn eine Gruppierung ein Verbot befürchtet, löst sie sich häufig selbst auf. Dadurch kommt sehr viel Bewegung in die Szene, weil die Mitglieder verunsichert sind. Gleichzeitig sind sie natürlich aber auch verärgert. Das merkt man insbesondere bei Kontrollen. Die Rocker legen gegenüber den Kolleginnen und Kollegen nun ein wesentlich aggressiveres Verhalten an den Tag. Das sind meist nonverbale Bedrohungssituationen, ohne dass es gleich strafrechtlich relevant wird. Sie versuchen zum Beispiel, die Beamten zu provozieren und zu verunsichern. Das heißt: Sie schauen, ob sich bei einzelnen einschreitenden Beamtinnen und Beamten Anzeichen für Unsicherheit oder fehlende Konsequenz bei der Umsetzung von Maßnahmen erkennen lassen.

Jungbluth: Auffällig ist auch, dass bei Kontrollen zunehmend versucht wird, Fotos oder sogar Ton- bzw. Videomitschnitte per Smartphone zu machen. Auch »Live-Schalten« zu Rechtsanwälten sind schon vorgekommen. Dabei werden häufig missverständliche Situationen provoziert, die die beteiligten Polizeibeamten in ein schlechtes Licht rücken sollen. Die Anforderungen an den Wach- und Wechseldienst sind in diesem Bereich enorm groß. Um auf dieses Thema aufmerksam zu machen, haben wir im letzten Jahr in Kooperation mit dem

Fotos (2): Jochen Tack

Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten eine Veranstaltung für Dienstgruppenleiter durchgeführt, um sie für dieses Thema zu sensibilisieren und ihnen Rüstzeug für den richtigen Umgang mit Rockern an die Hand zu geben. Das Polizeipräsidium Recklinghausen hat dazu auch ein umfassendes Konzept erarbeitet, wie man in verschiedenen Situationen reagieren sollte. Besonders wichtig ist hier, dass man eine ganz klare Linie fährt. Das heißt: Angekündigte angedrohte Maßnahmen von Seiten der Polizei müssen auch konsequent umgesetzt werden.

Die Streife: Wie hat sich die Rockerszene in den letzten Jahren verändert?

Jungbluth: Was deutlich zugenommen hat, sind Aktivitäten von rockerähnlichen Gruppierungen, wie etwa die »Black Jackets« oder die »United Tribunes«. Diese sehen zwar aus wie Rocker und sind im gleichen Milieu aktiv, haben aber mit Motorrädern nicht viel zu tun. Sie verfügen oft über einen Migrationshintergrund. Ähnliches kann man auch innerhalb der Hells Angels beobachten. Hier kommt es immer wieder zu Konflikten zwischen den »Old Schoolern«, also den traditionellen Rockern, und den so genannten »Turkey.Nomads«, einer Gruppe innerhalb der »Hells Angels«, die keine festen »Clubhäuser« hat und deren Angehörige wenig bis kein Interesse am traditionellen Rocker-Lebensstil haben. In erster Linie wollen sie ihre eigenen Interessen durchsetzen und identifizieren sich nicht so intensiv mit den Chartern, wie wir das bei der »old school«- Fraktion feststellen.

Auch hier handelt es sich oft um Personen mit einem Migrationshintergrund und krimineller Vorgeschichte, die sich intern schlechter steuern lassen. Dann kommt es zu Streitigkeiten – bis zum Schusswaffengebrauch. Für die Polizei bedeutet diese Entwicklung einerseits: Es gibt ein höheres Konflikt- und Gewaltpotenzial, das es zu beobachten gilt. Außerdem lassen sich manche Konfliktsituationen nun schlechter vorhersehen. Andererseits bringt es aber auch sehr viel Unruhe und Unsicherheit in die Szene, was uns wiederum entgegenkommt.

Die Streife: Welche Schwerpunkte sollen zukünftig bei der Bekämpfung der Rockerkriminalität gesetzt werden?

Jungbluth: Wir wollen und müssen weitermachen wie bisher. Wenn ich »wir« sage, dann meine ich nicht nur die Mitarbeiter des Projekts 124 im LKA, sondern die Polizei NRW als Ganzes. Wir können diese erfolgreiche Arbeit nur leisten, wenn alle gemeinsam an einem Strang ziehen. Wir werden weiter sensibilisieren, das Thema auf allen Fachtagungen einbringen und auch die nationale wie internationale Vernetzung mit anderen Behörden weiter ausbauen. Denn das Thema Rocker wird auch die nächsten Jahre ein wichtiges Thema bleiben. /// ***Das Interview führte Simone Wroblewski***

POLIZEI
POLIZEIABSPERRUNG

Foto: Jochen Tack

WARUM »PROJEKT 124«?

Der Name des Projekts zur Bekämpfung der Rockerkriminalität ist kein Zufall. In der Rockerszene wird viel mit Zahlensymbolik gearbeitet. So taucht bei den »Hells Angels« zum Beispiel die Zahl »81« immer wieder auf – die 8 steht für den achten Buchstaben im Alphabet, also das H, und die 1 für den ersten Buchstaben, das A. Somit steht die 81 für HA – Hells Angels. Die Summe 124 ergibt sich, wenn man die Anfangsbuchstaben der Namen der Outlaw Motorcycle Clubs, die zum Zeitpunkt der Projektgründung in NRW aktiv waren, addiert.

LEITFADEN »BEKÄMPFUNG DER ROCKERKRIMINALITÄT – AUSSCHÖPFEN DER MÖGLICHKEITEN DES ADMINISTRATIVEN ANSATZES«

In dem umfangreichen Leitfaden sind alle Rechtsfelder aufgeführt, die mit Rockerclubs in Verbindung stehen können. Dabei wurden Praxissachverhalte und Erfahrungswerte aus den Kreispolizeibehörden (KPB) sowie Erfahrungen aus anderen Bundesländern mit einbezogen. Das Kompendium steht allen KPB im Intrapol zur Verfügung.

Basiswissen Rocker
Daten und Fakten zur Szene in NRW

Die Motorcycle Clubs (MC) wurden ursprünglich in den USA als Protestkultur von heimgekehrten Soldaten gegründet, die sich nicht mehr in der zivilen Gesellschaft zurechtfanden und eine straff organisierte Hierarchie suchten. Daher stehen Kameradschaft und starker Zusammenhalt nach wie vor im Mittelpunkt. Mitglieder einiger »Outlaw-Motorcycle-Gangs« (OMCG) sind in den vergangenen Jahren immer wieder mit dem Gesetz in Konflikt gekommen. Dazu gehören:

Hells Angels MC

Der Hells Angels MC wurde 1948 in Kalifornien/USA gegründet. Die erste deutsche Gebietsvertretung, ein so genanntes Charter, war 1973 in Hamburg ansässig. Aktuell sind die Hells Angels in Deutschland in 77 Chartern organisiert, von denen sich 13 mit rund 260 Vollmitgliedern in NRW befinden. Sie werden offiziell vom Red Devils MC unterstützt.

Bandidos MC

Der Bandidos MC wurde 1966 in Houston/USA gegründet und existiert seit 1999 auch in Deutschland. Die Mitglieder des Bandidos MC bilden bundesweit insgesamt 74 Chapter, von denen sich 22 mit insgesamt knapp 700 Vollmitgliedern in NRW befinden. Sie werden unter anderem von dem mit 19 Chaptern in NRW vertretenen Chicanos MC unterstützt.

Gremium MC

Der 1972 in Mannheim gegründete Gremium MC expandierte auf mehr als 80 Chapter bundesweit, von denen sich 10 in NRW befinden. Die Anzahl der Vollmitglieder in NRW wird auf etwa 380 geschätzt. Der deutsche Verbund wird durch süd- und osteuropäische Chapter ergänzt.

Outlaws MC

1935 in den USA gegründet. Seit 2001 ist der weltweit agierende Rockerclub auch in Deutschland vertreten. Von den 47 deutschen Chaptern des Outlaws MC befinden sich acht in NRW mit einer Mitgliederzahl von ca. 100.

Rockerähnliche Gruppierungen

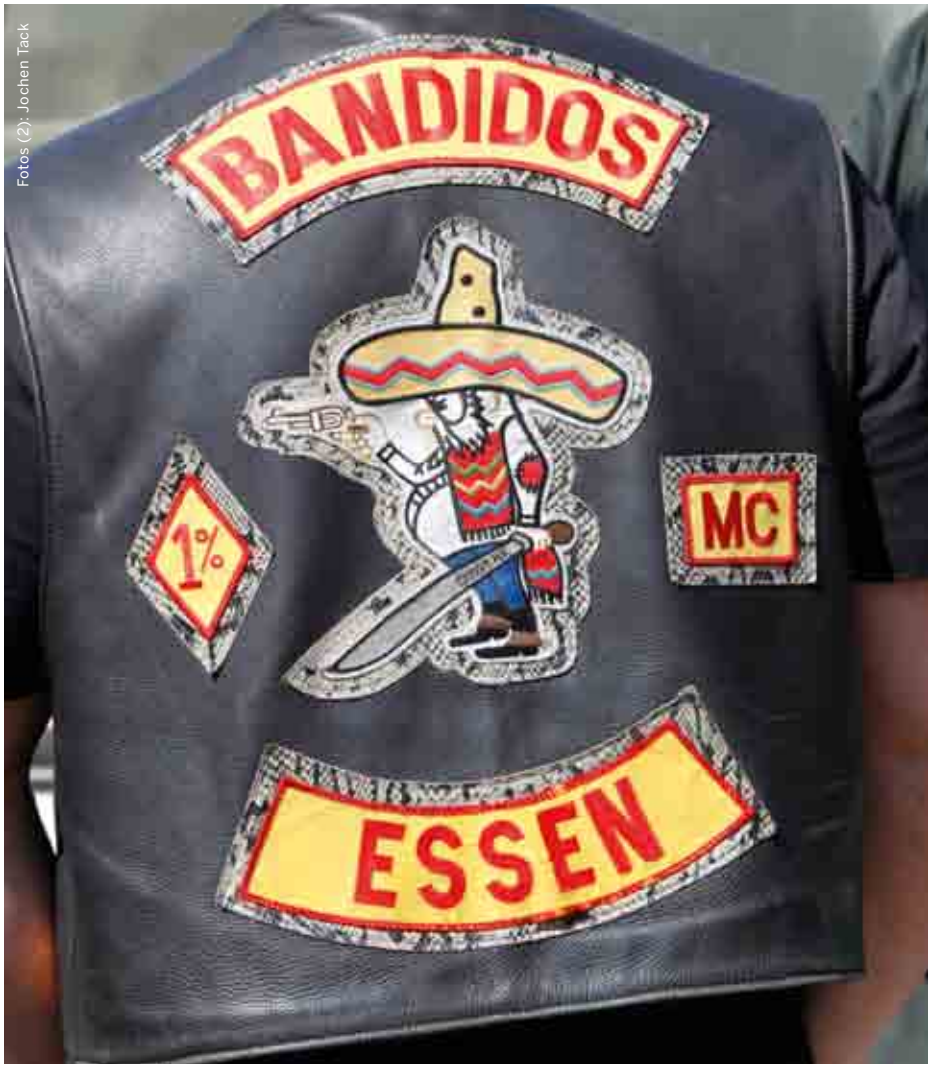
United Tribuns

Die United Tribuns wurden 2004 von einem ehemaligen bosnischen Boxer in Baden-Württemberg gegründet. Die Gruppierung setzt sich überwiegend aus Personen mit Türsteher-, Body-Building- oder Rotlicht-Hintergrund zusammen. In NRW existieren derzeit sechs UT-Chapter mit ca. 60 identifizierten Mitgliedern.

Black Jackets

Die seit 1985 bestehenden und ebenfalls in Baden-Württemberg gegründeten Black Jackets sehen sich selbst als »Brotherhood« (Bruderschaft), die sich aber optisch und organisatorisch an der OMCG-Kultur orientiert. In NRW sind aktuell sechs Chapter bekannt, denen knapp 100 Mitglieder angehören.

/// Die Bundeszahlen stammen aus dem BKA-Lagebild 2013 (das Lagebild 2014 wird derzeit erstellt). Die NRW Zahlen stammen aus dem LKA-Lagebid 2015.



Fotos (2): Jochen Tack

ROCKER-BEGRIFFE:

BIKER: Internationale Bezeichnung der Rocker
CHAPTER: Eine Ortsgruppe des jeweiligen Clubs. Bei den Hells Angels »Charter« genannt.
COLOUR: Das Club-Wappen – meist bestehend aus einem Bild und einem Schriftzug
KUTTE: Eine Weste mit Club-Wappen auf der Rückseite
HANGAROUND: Unterste Stufe der Mitgliedschaft. Diese Personen werden auf dem Clubgelände geduldet.
PROSPECT: Mitglied auf Probe, noch kein vollwertiges Mitglied
MEMBER: Vollmitglied
SUPPORTER (-CLUBS): sind Sympathisanten eines bestimmten Clubs. Sie verwenden dessen Farbkombinationen bei ihren Symbolen und unterstützen dessen Aktivitäten.

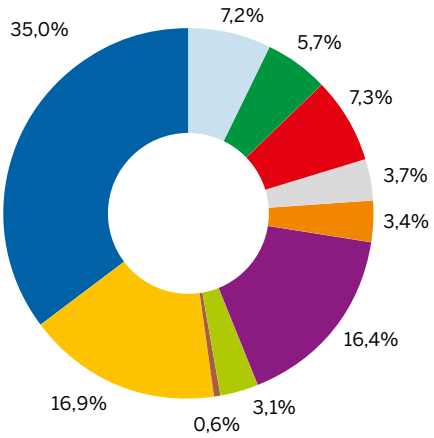
Polizeiliche Kriminalstatistik 2014 Weniger Gewalt und weniger Wohnungseinbrüche in NRW

Foto: Jochen Tack

Die Polizei in Nordrhein-Westfalen hat im vergangenen Jahr in wesentlichen Bereichen der Kriminalitätsbekämpfung wichtige Erfolge erzielt: Es gab weniger Wohnungseinbrüche, weniger Raubdelikte und einen erneuten Rückgang bei der Kinder- und Jugendkriminalität. Auch die Gesamtzahl der Gewaltdelikte ist um 1,7 Prozent auf knapp 46.000 Taten gesunken. Hier setzt sich ein langfristig rückläufiger Trend fort. Die Gewaltkriminalität ist heute auf dem niedrigsten Stand seit 2001. »Das ist eine gute Nachricht. Die NRW-Polizei wird auch künftig alles daran setzen, die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten«, sagt NRW-Innenminister Ralf Jäger. Eine besondere Herausforderung bleibt allerdings die Bekämpfung des Taschendiebstahls. Hier stiegen die Fallzahlen im vergangenen Jahr an. Insgesamt registrierte die Polizei rund 1,5 Millionen Straftaten. Das sind 1,1 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die Aufklärungsquote stieg um 0,9 Prozent auf 49,8 Prozent.

Für das vergangene Jahr verzeichnete die Kriminalstatistik in NRW 52.794 Einbrüche und Einbruchsversuche in Häuser und Wohnungen. Das ist insgesamt ein Rückgang um 3,9 Prozent (-2.159) und bezogen auf die vollendeten Delikte sogar um sechs Prozent. Das ist der erste Rückgang seit 2007. Die Aufklärungsquote stieg um rund zwei Prozent auf 15,4 Prozent. Dies ist die beste Quote seit 2008. In 22.522 Fällen (42,7 Prozent) scheiterten die Einbrecher an den gut gesicherten Türen und Fenstern und gelangten erst gar nicht in die Wohnung. »Die Doppelstrategie aus Prävention und konsequenter

Ausgewählte Deliktbereiche an der Gesamtkriminalität



- Sonstige Straftaten
- Diebstahl von/an/aus Kraftwagen/-fahrzeugen
- Diebstahl von Fahrrädern
- Diebstahl aus Warenhäusern
- Wohnungsseinbruchsdiebstahl
- Taschendiebstahl
- Sonstige Diebstahlsdelikte
- Gewaltdelikte
- Sexualdelikte (ohne Vergewaltigung)
- Betrugsdelikte

Zunahmen sind u. a. bei diesen Delikten zu verzeichnen:

> Taschendiebstahl (+4 188 Fälle oder +8,5%)
> Warenbetrug (+2 642 Fälle oder +11,1%)
> Ladendiebstahl (+6 583 Fälle oder +7,7%)
> Beförderungserschleichung (+4 249 Fälle oder +5,4%)
> Diebstahl in/aus Boden-/Kellerräumen, Waschküche (+2 852 Fälle oder +11,6%)
> Kontoeröffnungs- und Überweisungsbetrug (+1 794 Fälle oder +36,7%)
> Sozialleistungsbetrug (+1 048 Fälle oder +44,7%)

Rückgänge sind u. a. bei folgenden Delikten festzustellen:

> Wohnungseinbruchdiebstahl (-2 159 Fälle oder -3,9%)
> Wirtschaftskriminalität (-2 538 Fälle oder -22,5%)
> Erpressung (-1 706 Fälle oder -49,9%)
> Vorsätzliche einfache Körperverletzung (-1 584 Fälle oder -1,9%)
> Sachbeschädigung (-6 421 Fälle oder -4,5%)
> Diebstahl in/aus Dienst-, Büro-, Werkstatt- und Lagerräumen (-2 732 Fälle oder -9,1%)
> Raub, räuberische Erpressung und räuberischer Angriff auf Kraftfahrer (-842 oder -5,7%)

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter: http://www.polizei.nrw.de-/artikel__10952.html

Quelle: PKS NRW 2014

Strafverfolgung zeigt Erfolge. Das ist für uns Ansporn, dran zu bleiben. Wir wollen die Zahl der Einbrüche auf Dauer verringern«, so der Innenminister.

Den Erfolg verdeutlicht besonders die Zahl der Wohnungseinbrüche, die bereits im Versuchsstadium enden: In mehr als vier von zehn Fällen scheitern Einbrecher bereits beim Versuch. Die Täter gelangen in diesen Fällen erst gar nicht in die Wohnungen ihrer Opfer. Dieser Trend verläuft seit fünf Jahren stetig positiv. Das zeigt: Der persönliche Lebensbereich ist sicherer geworden.

Nicht nur Wohnungsmieter und Hausbesitzer können ihr Eigentum schützen. Auch die Vermieter sind gefordert. Hier geht Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen mit gutem Beispiel voran. Er hat einen Kooperationsvertrag mit dem Landeskriminalamt NRW geschlossen. Das gemeinsame Ziel ist es, in den mehr als eine Millionen verwalteten Wohnungen den Einbruchsschutz deutlich zu verbessern, beispielsweise durch den Einbau sicherer Fenster und Türen. Etwa jeder fünfte Mieter in NRW lebt in einer Wohnung der Mitgliedsunternehmen des Verbandes.

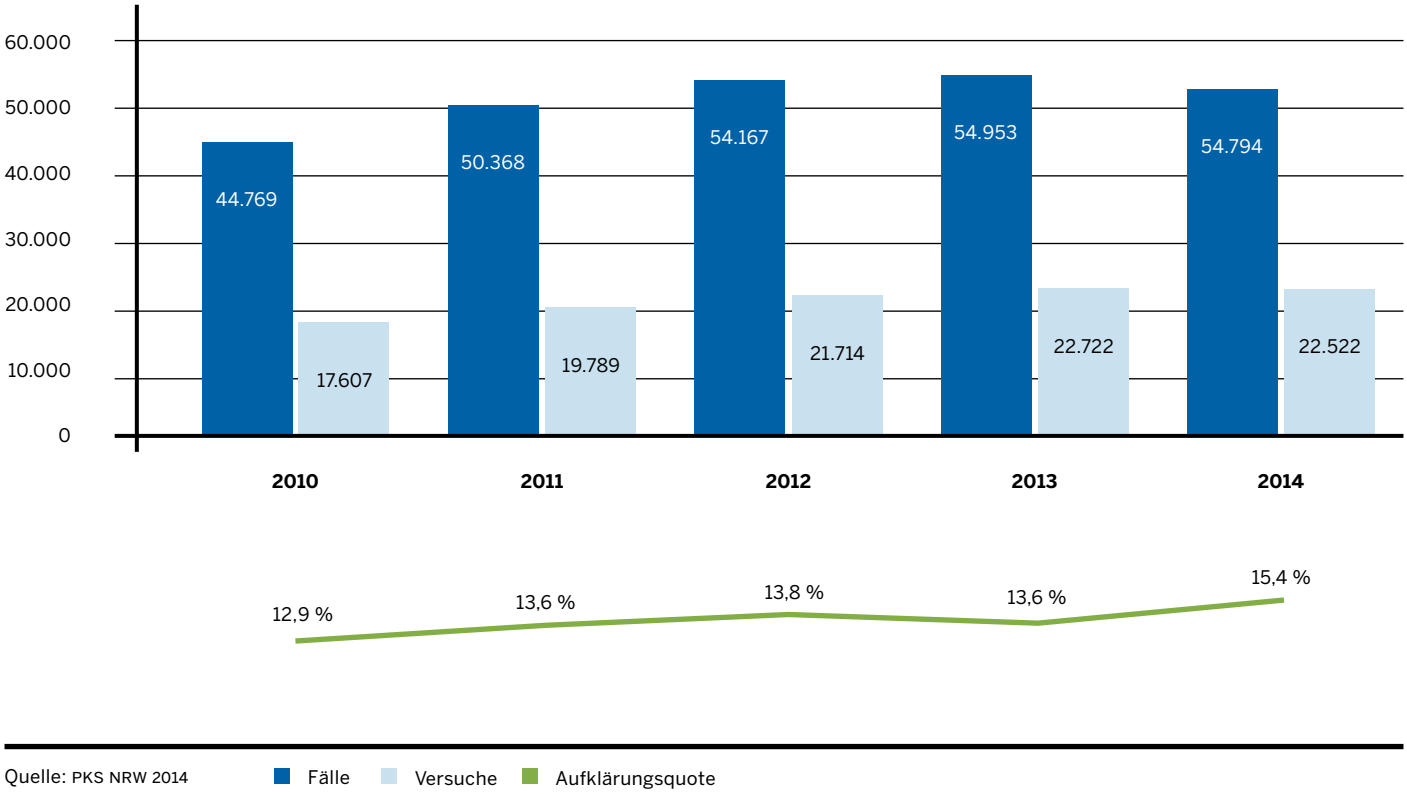
Erfolgreich mit »MOTIV« und »Riegel vor!«

Mit dem Konzept »Riegel vor! Mobile Täter im Visier« (MOTIV) bekämpft die Polizei besonders wirkungsvoll die Tageswohnungseinbrüche. Die Zahl dieser Delikte konnte um etwa 3.100 Einbrüche und damit um mehr als zwölf Prozent verringert werden. »MOTIV richtet sich gegen überregional aktive Einbrecherbanden, die besonders viele Einbrüche begehen. Diese Intensivtäter brechen überwiegend tagsüber ein, wenn die Menschen nicht zu Hause sind«, erläuterte Jäger. >

Wohnungseinbruch

Fallzahlen und Versuche Wohnungseinbruchdiebstahl (WED)

In der Zeit von 2010 bis 2014



Quelle: PKS NRW 2014 — Fälle — Versuche — Aufklärungsquote

»Derzeit erfasst das Konzept 495 Intensivtäter. 148 Tatverdächtige aus MOTIV sind aktuell in Haft.« Viele der Banden kommen aus Südosteuropa. Die Polizei ermittelte im Jahr 2014 beispielsweise gegen zwei überörtlich agierende Einbrecherbanden aus Südosteuropa. Nach bisherigem Ermittlungsstand konnten den Banden insgesamt 63 Einbrüche nachgewiesen werden. Die Tatorte führten quer durch NRW bis nach Hünstetten in Hessen. Neun Personen waren der Polizei bereits als MOTIV-Tatverdächtige bekannt. Die Täter wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Mit »Riegel vor! Sicher ist sicherer!« geht die Polizei aktiv auf die Menschen zu. »Unsere Experten beraten Mieter und Eigentümer kostenlos, wie sie sich am besten gegen Einbruch schützen können«, erläutert der Innenminister. So hat die Polizei bei einer landesweiten Aktionswoche zu Beginn der dunklen Jahreszeit im Herbst 2014 mehr als 2.500 Einzelberatungen, rund 170 Gruppenberatungen mit insgesamt über 4.200 Teilnehmern und fast 19.000 Informationsgespräche durchgeführt.

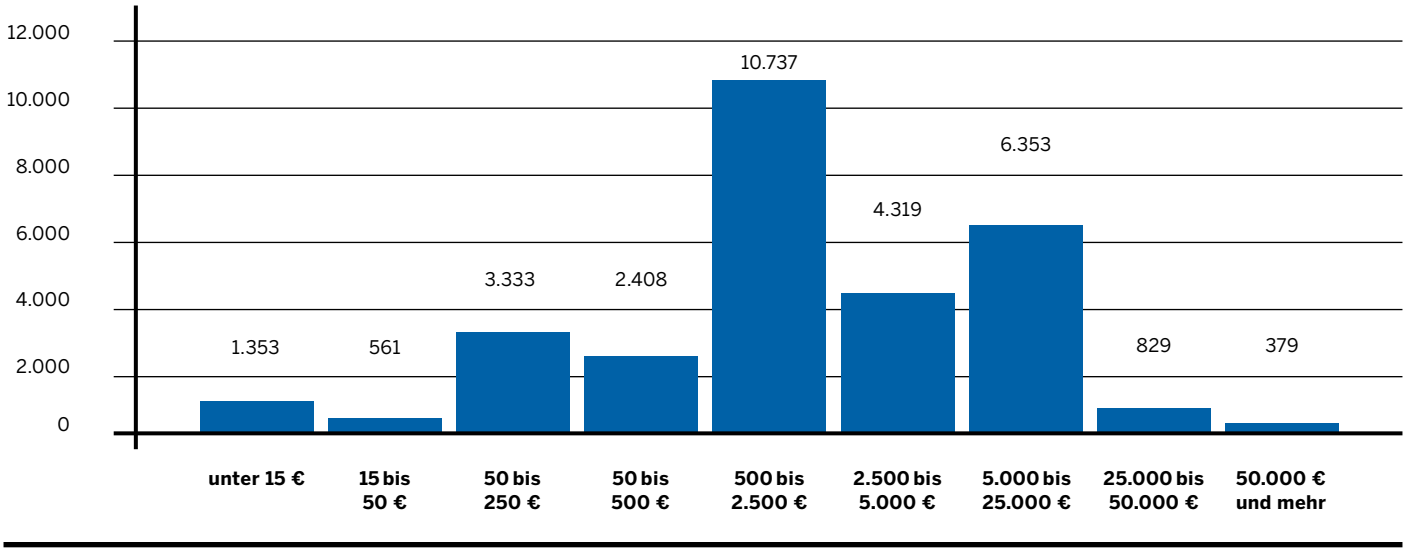
Mehr Taschendiebstähle

Im vergangenen Jahr gab es 53.759 Taschendiebstähle in NRW. Das bedeutet im Vergleich zu 2013 eine Steigerung von 8,5 Prozent (+4.188). »Die Bekämpfung des Taschendiebstahls ist eine besondere Herausforderung für die Polizei. Die Ermittlungen werden dadurch erschwert, dass die Opfer häufig den Diebstahl erst später bemerken. Deshalb ist es oft so schwierig, den genauen Tatort zu bestimmen und den möglichen Täter zu ermitteln«, erklärt Minister Jäger. Mit einem Konzept aus konsequenter Strafverfolgung und Vorbeugung sollen die Fallzahlen nachhaltig gesenkt und die Aufklärungsquote gesteigert werden. »Gerade in Fußgängerzonen, wo sich viele Menschen aufhalten, sind die Polizistinnen und Polizisten in Zivil und in Uniform im Einsatz«, so der Innenminister. »Das beste Mittel gegen Taschendiebstahl ist die Vorbeugung. Deshalb wollen wir die Menschen noch stärker sensibilisieren

Wohnungseinbruch

Fallzahlen gestaffelt nach Schadenshöhe in Euro (WED)

In der Zeit von 2010 bis 2014



Quelle: PKS NRW 2014

SCHADENSHÖHE/BEUTESTRUKTUR
Fälle, die als Versuche in die PKS eingehen, werden ohne Schadenssumme erfasst. Die Gesamtschadenshöhe der 30.272 vollendeten Fälle von Wohnungseinbruchdiebstahl lag im Jahr 2014 bei 153.600.612 €. Die durchschnittliche Schadenshöhe betrug 5.074 €. Die Bandbreite reichte von 1.353 Fällen mit einem Schaden unter 15 € bis zu 379 Fällen mit einem Schaden von 50.000 € oder mehr. Die häufigste gemeldete »Schadensklasse« ist die zwischen 500 € und 2.500 € (10.737 Fälle).

und über die Gefahr von Taschendiebstahl informieren.« Die Mehrheit der ermittelten Taschendiebe stammt aus Rumänien, Bulgarien, Bosnien-Herzegowina, Marokko und Algerien. Rund 56 Prozent der Tatverdächtigen stammen aus diesen fünf Ländern. Mehr als ein Drittel sind jünger als 21 Jahre. In Köln, Duisburg und Dortmund wurde daher im letzten Jahr die Initiative »klarkommen!« gestartet. Mit Sprachkursen und Hilfe zum Leben wird den Kindern und Jugendlichen aus den ärmsten Regionen Südosteuropas und Nordafrikas Unterstützung für ein Leben ohne Straftaten angeboten.

Jugendkriminalität weiter zurückgegangen

Der positive Trend der vergangenen Jahre bei der Jugendkriminalität setzt sich fort. Immer weniger Kinder und Jugendliche geraten mit dem Gesetz in Konflikt. Im vergangenen Jahr waren es 2.000 Kinder und Jugendliche weniger als 2013. Von insgesamt 484.528 ermittelten Tatverdächtigen war etwa jeder Vierte jünger als 21 Jahre. Das ist der niedrigste Anteil seit 44 Jahren. Damit ging der Anteil der tatverdächtigen Jugendlichen um 2,2 Prozent zurück. »Das ist nicht nur eine Folge des demografischen Wandels, denn der Anteil der Jugendlichen an der Bevölkerung verringerte sich nur um 1,3 Prozent«, erläutert Jäger. »Mir ist es wichtig, dass wir trotz dieser guten Entwicklung die Kinder- und Jugendkriminalität weiter fest im Blick behalten.« Das gelte besonders für die jugendlichen Mehrfachtatverdächtigen, die fünf oder mehr Straftaten pro Jahr begehen. Deren Zahl ging um 2,8 Prozent auf 6.500 zurück. Damit auch diese Jugendlichen die »Kurve kriegen«, kümmert sich die Polizei seit 2011 erfolgreich mit individuellen Programmen um junge Intensivtäter. »Mit unserem Präventionsprojekt »Kurve kriegen« setzen wir früh an. Wir wollen verhindern, dass Kinder in die Kriminalität abrutschen«, erläutert Jäger das Konzept. /// ***Redaktion Streife***

Fotos (2): Jochen Tack

Die Verabschiedung fand unter Teilnahme von zahlreichen Gästen aus dem In- und Ausland in der Liegenschaft Selm-Bork statt.

LAFP-Direktor Dieter Schmidt geht in Pension

»Einer der fähigsten Köpfe bei der Polizei in NRW«

Seine Karriere innerhalb der Polizei NRW ist ohne Beispiel, sein Engagement gilt als vorbildlich: Dieter Schmidt, der Direktor des Landesamts für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) NRW, hat in seiner Laufbahn als Polizist mehrere Behörden durchlaufen, unterschiedliche Positionen bekleidet, viele Schlüsselfunktionen übernommen und zahlreiche Herausforderungen gemeistert. Ende März 2015 ging er in Pension.

Sein Motto könnte er beim griechischen Philosophen Heraklit entlehnt haben: »Nichts ist so beständig wie der Wandel«. Zahlreiche Reformen innerhalb der Organisation der Polizei NRW tragen seine Handschrift. Sein Spitzname »Schmidt Arnsberg« ist untrennbar verknüpft mit der 1992 in Kraft getretenen Organisationsreform der Polizei in NRW. Er gilt außerdem als einer der Väter des neuen Steuerungsmodells, das Anfang der 1990er Jahre bei der Polizei NRW eingeführt wurde. Bis heute ist er ein überzeugter Verfechter moderner Managementmethoden.

Jedem einzelnen Aufgabenbereich hat Schmidt mit strategischem Weitblick seinen eigenen Stempel aufgedrückt. Aktuell freut er sich darüber, dass das Thema »Ethik in der Polizei« große Beachtung findet und einen neuen Stellenwert eingenommen hat. In Selm-Bork wurde gerade erst ein neues »Zentrum für ethische Bildung und Seelsorge (ZEBUS)« errichtet und mit der Dauerausstellung »Grenzgang« Gesprächsanlässe geschaffen. »Polizisten stehen im Dienst oft vor schwierigsten Entscheidungen«, mahnt Schmidt, »da ist es notwendig, dass wir die Kolleginnen und Kollegen vorbereiten, begleiten sowie bei Nachbereitung und Verarbeitung von belastenden Erfahrungen unterstützen.«

Vom IAF zum LAFP

Ob Vorgesetzte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Kolleginnen und Kollegen – sie alle stellen ihm für seine Arbeit als Führungskraft allerbeste Noten aus. Mit gemischten Gefühlen sehen sie der Zeit entgegen, wenn er sein Büro in Selm-Bork räumt und in den Ruhestand tritt. In den vergangenen zwölf Jahren war Dieter Schmidt Behördenleiter des Landesamtes für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten NRW. Unter seiner Führung ist das LAFP NRW neben dem Landeskriminalamt und dem Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) zu einer der tragenden Säulen innerhalb der Organisation der Polizei NRW geworden. Dieter Schmidt war maßgeblich an der Entwicklung beteiligt, bei der im Jahr 2007 aus dem Institut für Aus- und Fortbildung der Polizei Nordrhein-Westfalen (IAF NRW) das LAFP NRW wurde. »Keine leichte Aufgabe«, erinnert sich Schmidt, »denn

»Nichts ist so beständig wie der Wandel.«

Heraklit

unterschiedliche Interessen und vor allem angestammte Funktionen und Verantwortungsbereiche mussten bei der Errichtung des LAFP NRW vereint und vereinfacht werden.« Die Aufgabenfelder der Behörde sind heute vielfältig. »Die Anforderungen sind in den vergangenen Jahren immens gestiegen, ohne dass unsere Ressourcen nennenswert erweitert worden wären«, resümiert Dieter Schmidt. »Wir mussten uns in der Vergangenheit ganz viel einfallen lassen, um mit dem Wandel Schritt zu halten und unsere Aufgaben mit gleichbleibender Qualität, ja nach Möglichkeit sogar mit besserem Output zu bewältigen.«

Dieter Schmidt selbst hat den Polizeiberuf von der Pike auf gelernt. »Allerdings waren das noch andere Zeiten«, schmunzelt er. »Die Anforderungen sind in den zurückliegenden Jahrzehnten enorm gestiegen. Und mit ihnen die unserer Ausbildung. Der Schritt zur Fachhochschulausbildung war dabei ein Quantensprung. Der Wach- und Wechseldienst, in den die neuen Polizeikommissare nach ihrer Ausbildung entlassen werden, ist nach meiner Überzeugung die anspruchsvollste Position, die die Polizei zu vergeben hat.« >

Anerkennender Applaus für eine Karriere voller Engagement, Ideenreichtum und Leistung.

Ein offenes Ohr für die Mitarbeiter

Der aktuelle Zuschnitt des LAFP NRW trägt die Handschrift von Dieter Schmidt. Das sagt auch der Leitende Kriminaldirektor Helmut Wälter als ständiger Vertreter des Direktors. »Für alles, was erreicht worden ist, gibt es ihn als den Ideenfinder«, so Wälter. »Er ist nach meiner Einschätzung einer der fähigsten Köpfe bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen.« Besonders die Fähigkeit, seine Mitarbeiter in notwendige Veränderungen einzubeziehen, hebt Helmut Wälter hervor. »Schmidt ist jemand, der überzeugen und mitreißen kann. Und er vertraut in die Fähigkeiten seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter«, sagt er. »Dazu gehört auch, dass er eine Vielzahl von Möglichkeiten eröffnet, dass diese direkt mit ihm in Kontakt kommen können, um ihre Sorgen, aber auch neue Ideen und eigene Vorschläge einzubringen.« »Die gute Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern war mir tatsächlich immer ausgesprochen wichtig«, ergänzt der scheidende Behördenleiter, »denn: sie ist der Schlüssel dafür, dass Veränderungen am Ende auch umgesetzt werden und dass sie auch funktionieren.«

Den Wissenstransfer weiter fördern

Und auf das LAFP NRW kommen weitere Herausforderungen zu: »Die Organisationsentwicklung innerhalb der Polizei NRW ist noch nicht vollendet«, bemerkt Dieter Schmidt kritisch. »Wir haben zwar drei Landesoberbehörden – aber wir haben immer noch 47 Kreispolizeibehörden. Ob diese Struktur zukunftsfähig ist, das wage ich zu bezweifeln.« Schmidt geht davon aus, dass sich in dieser Hinsicht noch Einiges tun wird. »Es bleibt weiter spannend, auch weil Polizei immer mehr in der Öffentlichkeit steht und sich erklären muss. Wir müssen einfach immer besser werden.«

Eine besondere Herausforderung sieht Dieter Schmidt beim demografischen Wandel. »Wir haben hervorragende junge Leute. Sie sind gut ausgebildet, sie sind leistungsorientiert und hoch motiviert. Aber wichtig ist, dass jetzt auch der Wissenstransfer weiterläuft.« Er selbst will dafür auch nach seiner Pensionierung zur Verfügung stehen. »Ich werde weiter als Dozent für die Fachhochschule tätig sein«, verspricht er. »Und ich werde selbstverständlich meine Erfahrungen und mein Wissen weitergeben, wenn das gefragt und gewünscht ist.« In der Zwischenzeit allerdings wird er sich häufiger seinem Garten widmen können, zudem mehr Zeit fürs Lesen und seine Familie haben. Dass er sich auf den neuen Lebensabschnitt freut, daran lässt er keinen Zweifel. ***/// Jörg Bockow***

Fotos (2): Jochen Tack

Amtsübergabe beim LAFP NRW: Der scheidende Direktor Dieter Schmidt, Abteilungsleiter IV »Polizei« im MIK Wolfgang Düren, der neue Direktor Michael Frücht (v.l.)

Michael Frücht wird neuer Leiter des LAFP
Erfahrener Polizeibeamter mit Teamgeist

Michael Frücht, Leitender Polizeidirektor im Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK), hat im April die Leitung des Landesamts für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) NRW der Polizei in Selm übernommen. Damit steht erneut ein erfahrener Experte an der Spitze dieser wichtigen Polizeibehörde. »Michael Frücht kennt als gelernter Schutzmann alle Facetten der Polizeiarbeit. Er arbeitet mit Weitsicht, ist kommunikativ und setzt auf Teamgeist«, erklärte Innenminister Ralf Jäger. Michael Frücht tritt die Nachfolge von Dieter Schmidt an, der in den Ruhestand geht.

Der 55-jährige neue LAFP-Chef kennt die Polizei von der Pike auf. Er begann 1978 seine Ausbildung bei der Polizei und machte er viele Jahre Dienst bei der Duisburger Polizei und bei der Autobahnpolizei. Von 1995 bis 1999 leitete er zunächst den Polizeilichen Staatsschutz im Polizeipräsidium Münster und anschließend den Einsatzstab der Essener Polizei. Seit März 1999 war Frücht im NRW-Innenministerium mit unterschiedlichen Funktionen betraut. Zuletzt leitete er das Referat für Polizeiliche Verkehrsangelegenheiten und war damit der oberste Verkehrspolizist in NRW. »Ich weiß, dass ich eine gut aufgestellte Behörde mit hochengagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern übernehme. Ich freue mich darauf, an so entscheidender Stelle daran mitwirken zu können, die aktuellen Herausforderungen der Polizei zu bewältigen«, erklärte Frücht.

Der bisherige Direktor des LAFP, Dieter Schmidt, leitete die Behörde in den vergangenen zwölf Jahren. »Dieter Schmidt hat viel für die Polizei in NRW geleistet«, so Innenminister Jäger. »Zuletzt hat er dafür gesorgt, dass trotz der gestiegenen hohen Einstellungszahlen die Ausbildung der jungen Polizeianwärter ihr qualitativ hohes Niveau gehalten hat.«

Das LAFP ist mit seinen 1.600 Beschäftigten und den fünf Bildungszentren in Brühl, Münster, Neuss, Schloß Holte-Stukenbrock und Selm für die Ausbildung und Fortbildung der NRW-Polizei zuständig. Darüber hinaus verantwortet das LAFP die landesweiten Versetzungs- und Nachersatzverfahren sowie die Personalwerbung und die Auswahl für den Polizeidienst. Außerdem berät es die Polizeibehörden des Landes in dienstrechtlichen Angelegenheiten. ///

Redaktion Streife

Zukunftspreis Polizeiarbeit

Thomas Lammert aus Düsseldorf wurde für seine Bachelorarbeit ausgezeichnet

Fotos(2): BS/Dombrowsky

Markus Ulbig, Sächsischer Staatsminister des Innern (l.), überreicht den Zukunftspreis Polizeiarbeit 2015 an Thomas Lammert (PP Düsseldorf).

Anlässlich des 18. Europäischen Polizeikongresses wurde in Berlin Ende Februar 2015 zum dritten Mal der »Zukunftspreis Polizeiarbeit« verliehen. Der von der Zeitschrift »Behörden Spiegel« verliehene Preis ist mit 5.000 Euro dotiert. In diesem Jahr hatte die Jury 16 bundesweit eingereichte Arbeiten zu bewerten. Ein Mitglied der Jury war unter anderen auch Dieter Wehe, der Inspekteur der Polizei NRW.

Studierende an kriminologischen Instituten, aus den Bereichen Polizei, Justizvollzug und Sicherheitsmanagement konnten Bachelor-, Master- und Doktorarbeiten einreichen.

In diesem Jahr wurden drei Arbeiten im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung mit dem Zukunftspreis 2015 geehrt und mit je 1.500 Euro prämiert. Zu den Preisträgern gehört auch Polizeikommissar Thomas Lammert vom Polizeipräsidium Düsseldorf. Der Absolvent des Bachelorstudiengangs an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Abteilung Duisburg, hat seine Abschlussarbeit zum Thema »Predictive Policing – Ein Mehrwert für die Polizei Düsseldorf?« verfasst. In seiner Analyse der bei der Polizei in Memphis (USA) eingesetzten Software zur computergestützten Kriminalitätsvorhersage stellt Thomas Lammert Überlegungen zu einem effizienten Mitteleinsatz an und zieht dabei Vergleiche zwischen der Landeshauptstadt Düsseldorf und der Südstaatenmetropole Memphis im US-Bundesstaat Tennessee.

Weitere Preise gingen an Marcus Lorber von der Hochschule der sächsischen Polizei zum Thema »Google Glass – Potential und Herausforderung für die Polizei« und an Christian Hamm, der an der Deutschen Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz studiert hat. Sein Thema lautete »Bürgerbeteiligung und Polizei. Chancen, Risiken und Grenzen einer lokalen Beteiligung«.

Den Sonderpreis erhielt Martin Rojak von der Hochschule Albstadt-Sigmaringen für seine Masterarbeit über die Entwicklung eines frei verfügbaren Computerprogramms zur Erkennung von manipulierten Bilddateien. /// ***Volker Schmitz, MIK NRW***

Wolfgang Sprogies wird neuer Polizeipräsident in Hagen Erfahrung gepaart mit hoher sozialer Kompetenz

Quelle: PP Hagen

Wolfgang Sprogies tritt am 1. April die Nachfolge von Frank Richter in Hagen an, der die Leitung des Essener Polizeipräsidiums übernimmt. »Wolfgang Sprogies ist ein ausgewiesener Polizeiexperte und hat bereits viel Erfahrung in der Führungsspitze von Polizeipräsidien gesammelt. Er zeichnet sich durch eine hohe soziale Kompetenz und seine Zuverlässigkeit aus«, erklärt NRW-Innenminister Ralf Jäger.

Der gebürtige Berliner war nach Abschluss seines Jurastudiums ab 1985 in verschiedenen Funktionen in der NRW-Landesverwaltung tätig. Von 1993 bis 1999 leitete er im Polizeipräsidium Hagen die Abteilung Verwaltung. Die gleiche Funktion nahm er von 2005 bis 2014 im Bochumer Polizeipräsidium wahr. In beiden Funktionen war der 59-Jährige gleichzeitig Vertreter des Polizeipräsidenten. Ab Februar 2014 war er Abteilungsleiter für Ordnungsrecht, Gesundheit, Sozialwesen, Gefahrenabwehr und Verkehr bei der Bezirksregierung Münster. »Ich freue mich auf die neue Aufgabe in Hagen, bei der ich in eine mir vertraute Stadt und Behörde zurückkehre. Mir liegen vor allem die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Stadt und der gute Kontakt zu den Menschen in Hagen am Herzen. Ich weiß, dass ich in Hagen eine gut aufgestellte Polizei mit engagierten Kolleginnen und Kollegen übernehme«, so Wolfgang Sprogies. ///

Redaktion Streife

TAUSCHGESUCH

Polizeikommissarin aus Hessen sucht eine Tauschpartnerin bzw. einen Tauschpartner aus NRW. Besoldung A9, gD, Besoldungsstufe 6. (Tel.: 0160 323 17 90)

Frank Richter wird neuer Polizeipräsident in Essen Polizeiexperte von der Pike auf

Der bisherige Hagener Polizeichef Frank Richter tritt am 1. April in Essen die Nachfolge von Stephania Fischer-Weinszier an, die in den Ruhestand geht. »Frank Richter kennt die Polizei von der Pike auf. Als gelernter Polizist, langjähriger Gewerkschaftschef und Polizeipräsident ist er ein absoluter Kenner der NRW-Polizei«, erklärte NRW-Innenminister Ralf Jäger. Als Essener Polizeipräsident wird Richter eines der größten Präsidien in NRW leiten und für die Sicherheit von über 740.000 Menschen in Essen und Mülheim verantwortlich sein.

Richter, der in Essen geboren wurde und in Mülheim wohnt, weiß um die Stärken und Herausforderungen der Ruhrgebietsmetropole. »Ich kenne beide Städte und ihre Menschen. Sie sind offen, direkt und tolerant. Deshalb freue ich mich auf die Arbeit als Polizeipräsident von Essen und Mülheim und setze dabei auf ein starkes Team«, erklärte er. Frank Richter wurde 1959 geboren und begann 1976 seine Laufbahn bei der NRW-Polizei. Von 1995 bis 2004 engagierte er sich im Bezirkspersonalrat. 2005 wurde er zum Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei des Landesbezirks NRW gewählt. Ab dem 1. November 2012 war er Polizeipräsident von Hagen. /// ***Redaktion Streife***

Fotos (2): Jochen Tack

Innenminister Ralf Jäger verabschiedet im feierlichen Rahmen die Essener Polizeipräsidentin Stephania Fischer-Weinsziehr und führt ihren Nachfolger Frank Richter ins Amt ein.

Hallenmeisterschaften in der Leichtathletik

Robin Schembera wird erneut Deutscher Hallenmeister im 800-Meter-Lauf

Quelle: PSK NRW

Robin Schembera belegte im 800-m-Finale der Europa-Hallenmeisterschaften in Prag den fünften Platz.

Im Februar 2015 wurden in Karlsruhe die 62. Deutschen Hallenmeisterschaften in der Leichtathletik ausgetragen. Bei diesen jährlich stattfindenden Meisterschaften war auch Robin Schembera vom Polizeipräsidium Köln wieder am Start. In seiner Disziplin, der Mittelstrecke über 800 Meter, hatte er sich bereits in den Jahren 2008, 2010 und 2013 den Titel des »Deutschen Hallenmeisters« erkämpft. Robin Schembera startete für den TSV Bayer 04 Leverkusen. Im Finale der Deutschen Hallenmeisterschaften ging er etwa 250 Meter vor dem Ziel in den Endspurt. Mit 1:50.14 Minuten erreichte er mit nur vier hundertstel Sekunden Vorsprung knapp als Erster das Ziel und sicherte sich damit die Goldmedaille.

Bei den »European Athletics Indoor Championships 2015« in Prag setzte sich Robin Schembera in insgesamt sieben Vorläufen durch und zog am Ende ins Europameisterschafts-Finale ein. Im 800-Meter-Finallauf errang er mit 1:47.83 Minuten den 5. Platz. Damit lag er nur ganz knapp über seiner Saison-Bestzeit von 1:47.80 Minuten und seiner persönlichen Bestzeit über 800 Meter von 1:46.35 Minuten. Den ersten Platz erkämpfte sich mit einer Zeit von 1:46.67 Minuten Marcin Lewandowski aus Polen. Bei den Staffel-Weltmeisterschaften am 2. Mai 2015 erhofft sich Robin Schembera einen weiteren Erfolg. ///

Andrea Schaub,
Polizeisportkuratorium NRW

Quelle (3): PSK NRW

Sven Daub: Gold im Team, Bronze in der Einzelwertung

Vordere Reihe v. l.: Rike Westermann, Carolina Pauls, Nina Bartsch, Carmen Otto, Mareike Vieten, Mareike Walkenhorst, Peter Pauls, Götz Kreisel; Hintere Reihe v. l.: Katrin Weber, Sven Abbing, Jochen Ziemann, Max Köhler, Torben Kirchner, Carsten Hönig, Sven Daub und Uwe Sander

16. Deutsche Polizeimeisterschaften im Crosslauf Gold und Bronze für NRW

Die 16. Deutschen Polizeimeisterschaften (DPM) im Crosslauf wurden in der Zeit vom 11. bis 13. März 2015 in Bad Harzburg (Niedersachsen) ausgetragen. Das Land Niedersachsen hat auf Wunsch des Deutschen Polizeisportkuratoriums (DPSK) die Ausrichtung der Meisterschaften übernommen.

Der Trainer der NRW-Sportler, Uwe Sander vom Polizeipräsidium (PP) Düsseldorf, konnte sich über die Erfolge und Platzierungen der NRW-Auswahl freuen. Das Team der Männer wurde über die Langstrecke Deutscher Polizeimeister und sicherte sich die Goldmedaille. Im Team kämpften Sven Daub (34:51 Minuten), Torben Kirchner (36:09 Minuten) und Sven Abbing (37:16 Minuten). In der Einzelwertung erhielt Sven Daub zusätzlich die Bronzemedaille. Mit nur 12 Sekunden Rückstand erreichte er hinter dem zweitplatzierten Konstantin Häcker aus Baden-Württemberg und 38 Sekunden hinter dem erstplatzierten Rico Schwarz aus Thüringen (34:13 Minuten) als dritter das Ziel.

Die Frauenmannschaft konnte sich über die Langstrecke die Bronzemedaille und damit Platz 3 sichern. So durften Rike Westermann (24:33 Minuten), Mareike Walkenhorst (25:06 Minuten) und Carmen Otto (26:21 Minuten) auch auf das Siegertreppchen. Rike Westermann, die Fachwartin für Crosslauf und Marathon im Land NRW, verpasste in der Einzelwertung mit ihrem vierten Platz nur knapp eine Medaille – es fehlten ihr dazu nur 33 Sekunden. Vor ihr belegten Christiane Pilz aus Mecklenburg-Vorpommern Platz drei (24:04 Minuten) und Tabea Themann aus Niedersachsen Platz 2 (23:54 Minuten). Mit deutlichem Vorsprung konnte Judith Wagner aus Baden-Württemberg mit einer Spitzenzeit von 22:21 Minuten den Lauf für sich entscheiden und wurde mit der Goldmedaille belohnt. ///

Andrea Schaub, Polizeisportkuratorium NRW

Podiumsdiskussion zu Friedensmissionen

Bundespräsident Joachim Gauck lädt Vertreter der Polizei ein

Foto: Bundespräsidialamt

Von links nach rechts: Karla Witte, Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) NRW; Gerry Menzel, Polizeipräsidium (PP) Berlin; Bundespräsident Joachim Gauck; Markus Bierschenk, Geschäftsstelle der Arbeitsgruppe Internationale Polizeimissionen (AG IPM) im Bundesministerium des Innern (BMI); Dieter Wehe, Inspekteur der Polizei (IdP) NRW

Am 10. Februar 2015 fand im Schloss Bellevue in Berlin, dem Amtssitz des Bundespräsidenten, eine Podiumsveranstaltung zum Thema »Experten für den Frieden – Deutschlands ziviler Beitrag zur internationalen Konfliktlösung« statt. Obwohl bei dieser Veranstaltung die Einsatzbedingungen der zivilen Beschäftigten in Friedensmissionen im Mittelpunkt standen, hatte Bundespräsident Joachim Gauck ebenfalls einige Vertreter der Polizei eingeladen, die engen Bezug zu Einsätzen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union haben. Zu den Teilnehmenden gehörten etwa Dieter Wehe, der Inspekteur der Polizei NRW, Gerry Menzel aus Berlin, der Leiter des Polizeibereiches der Europäischen Polizeimission EUPOL Afghanistan, Markus Bierschenk von der Geschäftsstelle der AG Internationale Polizeimissionen (IPM) und Karla Witte vom Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) NRW, die zurzeit zur AG IPM im Bundesministerium des Innern abgeordnet ist.

In seiner Begrüßungsrede ging der Bundespräsident auf die fragiler gewordene Weltordnung ein, auf die Deutschland im Rahmen seiner Möglichkeiten reagiert und mehr internationale Verantwortung übernommen hat, um den Frieden zu stärken. Entscheidend für gelungene internationale Einsätze sei auch die sehr intensive konzeptionelle und wissenschaftliche Arbeit und Unterstützung zu Hause. Stellvertretend für all jene in Deutschland, die im weitesten Sinne in der Welt zu erfolgreicher Prävention und zur Lösung von Konflikten beitragen, hatte der Bundespräsident noch morgens das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze besucht, wo ein Workshop zum Thema »Transitional Justice und Sicherheitssektorreform« mit internationalen zivilen und

»Einmal mehr habe ich Menschen meines Landes getroffen, die mich durch ihre Bildung und ihr Engagement begeistert haben.«

Bundespräsident Joachim Gauck

polizeilichen Teilnehmern stattgefunden hatte. Dort habe er einen Einblick erhalten, wie intensiv und kompetent Experten auf ihre Arbeit vorbereitet werden. In diesem Rahmen habe er einmal mehr Menschen getroffen, die ihn durch ihre Bildung und Ihr Engagement begeistert haben. »Einmal mehr habe ich Menschen meines Landes getroffen, die mich durch ihre Bildung und ihr Engagement begeistert haben,« sagte der Bundespräsident. »Sie haben bei meinem Besuch dazu beigetragen, dass mir mein Amt als Präsident besondere Freude macht. Und das hängt damit zusammen, was Sie Segensreiches tun in anderen Ländern und damit, was Sie in Ihren Arbeitsfeldern leisten. Ich habe eine hohe Achtung vor Ihnen. Wo Sie im Ausland arbeiten, sind Sie so etwas wie ein Repräsentant Deutschlands. Denn unser Botschafter kann nur selten da sein, der Präsident noch seltener und die eigene Regierung auch nur gelegentlich. Aber Sie sind da. Sie sind dort Repräsentanten unseres Landes. Sie sind Botschafter des Friedens, und Sie sind Botschafter unserer Demokratie. Dies gilt für alle, die draußen tätig sind. Wenn wir in anderen Ländern arbeiten und uns einsetzen, dann bringen wir auch etwas zurück in dieses Land – Welterfahrung. Deshalb möchte ich Sie ermutigen: Geben Sie Ihre vor Ort gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen auch weiter.« In der anschließenden Podiumsdiskussion berichteten die zivilen Kolleginnen und Kollegen konkret über ihre Arbeit in Friedensmissionen sowie die dortigen Lebensbedingungen, aber auch über die Herausforderungen, die sie zu bewältigen haben, wenn sie wieder nach Deutschland zurückkehren. Es wurde deutlich, dass es im Rahmen der Entsendung ziviler Experten im Vergleich zur Entsendung von Polizistinnen und Polizisten noch Nachholbedarf gibt. Hierzu erklärte Bundespräsident Gauck, dass er sich in diese Debatte einbringen werde. ///

***Karla Witte,* LAFP NRW**

3D Bodengrafiken für Blindenführstock

Fotos (13): Ralf Becker, LR

Eingangsschild & Gegensprechanlage mit »Blindenschrift«

Gesicherter Rettungsweg

Handläufe
mit »Blindenschrift«

Barrierefrei ausgestattete Fahrstühle

Geh- und Tragehilfen

Jessica Vielhaus und Thorsten Piechaczek freuen sich über den ergonomischen Arbeitsplatz im Wachbereich mit elektrisch verstellbarem Schreibtisch mit verbauter Fußstütze.

Barrierefreie Polizeiwache
Polizei Ratingen bezieht neues, behindertengerechtes Dienstgebäude

Nach langer Planungsphase und zügiger Bauphase konnten die rund 80 Beschäftigten der Kreispolizeibehörde Mettmann Anfang Dezember 2014 ihr neues Dienstgebäude in der Josef-Schappe-Straße in Ratingen beziehen. Der rund 1.300 Quadratmeter große, ansprechende und funktionale Neubau entspricht nun allen Anforderungen, die an eine effektive und moderne Polizeiarbeit gestellt werden. Die offizielle Einweihung des Gebäudes und die symbolische Schlüsselübergabe folgte im Januar 2015.

Alle Arbeitsplätze in der neuen Wache sind nun ergonomisch gestaltet und entsprechen damit den neuesten arbeitsmedizinischen Erkenntnissen im Bereich Gesundheitsschutz. Zudem konnte in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Schwerbehindertenvertretungen den Belangen von Menschen mit Behinderungen in großem Umfang Rechnung getragen werden. So können sich dank automatischer Eingangstüren, haptische Wandschilder im Eingangsbereich, haptischen Türschildern und Leitstreifen innerhalb des Wachbereichs nun auch behinderte Menschen ohne fremde Hilfe in der neuen Dienststelle zurechtfinden. Für mehr Sicherheit sorgen außerdem ein Durchlaufschutz an den Glastüren sowie Aufmerksamkeitsfelder vor jedem Treppenabgang. Taktile Handlaufbeschriftungen in allen Etagen und taktile Treppenindikatoren helfen behinderten Menschen zudem bei der Orientierung. Behindertenparkplätze, ein behindertengerechter Sanitärbereich im Erdgeschoss sowie der Einbau einer DIN-gerechten, barrierefreien Aufzugsanlage mit Sprachansage runden die neue, behindertengerechte Ausstattung der Wache ab.

Zusätzlich wurden in allen Etagen geeignete Evakuierungseinrichtungen für Verletzte und mobilitätseingeschränkte Menschen vorgesehen.

Inklusion funktioniert – wenn alle an einem Strang ziehen

Die Hauptschwerbehindertenvertretung der Polizei sieht die neue Dienststelle der Polizeiwache Ratingen auch als ein gutes Beispiel dafür, dass ein gemeinsamer Einsatz aller Beteiligten im Interesse von Menschen mit Behinderungen zu guten Ergebnissen führt. Eine positive Bilanz, die aus Sicht der Hauptschwerbehindertenvertretung auch für künftige Maßnahmen richtungsweisend sein könnte: »Inklusion ist gar nicht so schwer, wenn das Bewusstsein für die Belange behinderter Menschen vorhanden ist und man diese Belange auch berücksichtigen will. Unser Wunsch ist: Bei Neubaumaßnahmen sollte man zukünftig diesen Standard als Mindestausstattung direkt mit einplanen – dann ist es eine Win-Win-Situation für alle.«

Mit dem neuen Polizeigebäude in Ratingen wurde nicht nur eine ansprechende und funktionale Dienststelle geschaffen, sondern es wurde auch ein großer Schritt in Richtung Inklusion und der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gemacht. Insofern kann die Maßnahme auch für künftige Neuanmietungen der Polizei Vorbildcharakter haben. /// ***Redaktion Streife***

Übergabe des goldenen »Wachschlüssels« in Ratingen

Dieter Wehe (Inspekteur der Polizei NRW), Landrat Thomas Henderle, Erster Polizeihauptkommissar (EPHK) Elmar Hörster (Wachleiter), Klaus Pesch (Bürgermeister der Stadt Ratingen) (v.l.)

Am 22. Januar dieses Jahres übergab Dieter Wehe, der Inspekteur der Polizei NRW, symbolisch den goldenen »Wachschlüssel« für die neue Polizeiwache in Ratingen. Bei der Einweihungsfeier lobte er ausdrücklich die verbesserten Arbeitsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen in dem neuen Gebäude. So ist der funktionale Neubau mit modernster Technik, wie beispielsweise vollklimatisierten Räumen, größtenteils neuen Möbeln und automatischen Türöffnungen ausgestattet. Die Erreichbarkeit des neuen Wachstandortes hat sich sowohl für die Beschäftigten als auch für die Bürgerinnen und Bürger deutlich verbessert. Die Polizeiwache ist nun in nur zwei Gehminuten vom S-Bahnhof Ratingen-Ost zu erreichen. Neben dem örtlichen Kriminalkommissariat und dem Einsatztrupp ist in dem neuen Gebäude auch ein Teilbereich des Verkehrskommissariats untergebracht.

Mit dem veränderten Wachstandort ist auch in puncto Verkehrsanbindung nun eine gute Ausgangsposition für Einsätze des Wachdienstes, des Bezirks- und Schwerpunktdienstes und der Kradgruppe geschaffen worden.

Im Rahmen der Einweihungsfeierlichkeiten konnten sich Dieter Wehe, der Inspekteur der Polizei NRW, Landrat Thomas Henderle, Klaus Pesch, der Bürgermeister von Ratingen, der Wachleiter Erster Polizeihauptkommissar Elmar Hörster und zahlreiche andere Gäste ein eigenes Bild von den neuen Räumlichkeiten machen. ///

Volker Schmitz, MIK NRW

V.l.n.r.: MdL Josefine Paul, MdL Thomas Marquardt, Michael Frücht (MIK NRW), Rainer Schieferbein (PP MS, Leiter GE), Arnt Wenger (PP MS, Leiter WD Gutenbergstr./Patronatsstr.), MdL Prof. Dr. Thomas Sternberg, Münsters Bürgermeisterin Wendela-Beate Vilhjalmsson (auf dem Krad sitzend), Wilfried Kramer (PP MS, Leiter BSD), Dr. Klaus Schönenbroicher (MIK NRW), Markus Vieth (Leiter BLB Niederlassung Münster).

Polizeiwache Moltkestraße jetzt zentral und barrierefrei

Gut ein Jahr nach der Einweihung der City-Wache an der Julius-Voos-Gasse hat die Polizei Münster auch ihr zweites Innenstadt-Bauprojekt abgeschlossen. Seit dem 11. Februar ist die Wache Moltkestraße offiziell in den Dienst gestellt. In dem ehemaligen Gebäude des Studienseminars aus den 1960er Jahren werden knapp 100 Beamte aktiv, die Kosten für Umbau und Modernisierung liegen bei 680.000 Euro. ///

Helmut Etzkorn, WN

Polizeiwache Rheine jetzt an der Hansaallee erreichbar

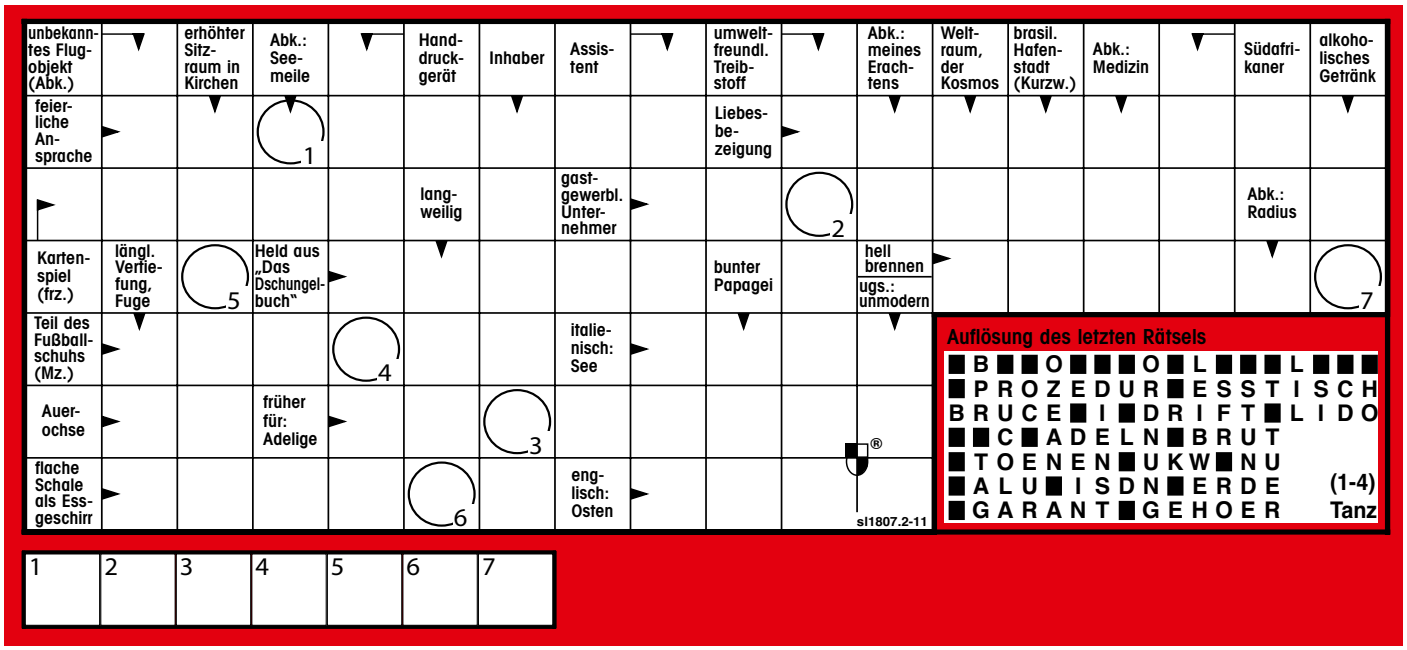
Fotos (2): Matthias Schrief, WN

LPD Fritz Unterberg (KPB Steinfurt, l.) beglückwünscht Bertold Hömme, den Wachleiter in Rheine, zum Umzug in die neuen Räume.

Nach fünfjähriger Planungsarbeit und umfangreichen Umbauarbeiten sind rund 150 Beamtinnen und Beamte sowie Bedienstete der Kreispolizeibehörde Steinfurt in das neue Dienstgebäude an der Hansaallee 10 in Rheine umgezogen. Die neue Polizeiwache liegt mitten in der Innenstadt und ist damit für die Bürgerinnen und Bürger sehr gut zu erreichen. Der Leitende Polizeidirektor Fritz Unterberg, Abteilungsleiter Polizei der Kreispolizeibehörde Steinfurt, übergab dem Regionalbeauftragten und Wachleiter Bertold Hömme den Schlüssel zur neuen Wache. /// ***Redaktion Streife***

Die »Tap Dogs« erobern Düsseldorf

Die Streife verlost 2 x 2 Freikarten



Die »Tap Dogs« sind der Exportschlager Australiens: Auf sechs Kontinenten in über 330 Städten eroberte die Tanz-Sensation die Welt im Sturm. Vom 8. Mai bis 16. August 2015 ist die atemberaubende Show der sechs Tänzer im Capitol Theater Düsseldorf zu erleben. Die »Streife« verlost 2 x 2 Freikarten.

Mehr als zwölf Millionen Zuschauer rund um den Globus haben sich bislang von der Verbindung von Tap-Dance, durchtrainierten Körpern und Percussion begeistern lassen. Energiegeladen, unglaublich beweglich und mit viel Sexappeal verbinden die attraktiven Tänzer kraftvolle Choreographien und verblüffende Akrobatik-Einlagen mit Schauspiel und Livemusik. Mit einer Mischung aus Theater, Tanz und Temperament lassen die Tap Dogs ein temporeiches Spektakel auf der Bühne entstehen. Ob im Wasser, in der Luft oder beim Sprung durch Gerüste – man kann gar nicht anders, als sich von der adrenalin-geladenen Show der Tap Dogs begeistern und mitreißen zu lassen.

Seit der Weltpremiere auf dem »Sydney Theatre Festival« touren die sechs Tänzer weltweit erfolgreich durch Städte wie London, New York oder Paris. Bei der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele 2000 in Sydney begeisterte die Gruppe 3,4 Milliarden Menschen.

Streife-Leser gibt erhalten eine Ermäßigung von 10 Prozent bei Nennung des Promotion-Codes »PublikTapDogs«. Die Kartenpreise liegen zwischen 19,90 € und 49,90 € zzgl. Vorverkaufsgebühr und 2 € Systemgebühr. Tickets und Infos gibt es unter der Telefonnummer 0211-73 44 0 oder unter www.eintrittskarten.de. Mehr Infos zur Show finden Sie auch unter www.tap-dogs.de.

Um an der Verlosung der Freikarten im Rahmen unseres Kreuzworträtsels teilzunehmen, müssen Sie das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per E-Mail bis zum 15. Mai 2015 einsenden an:
Innenministerium NRW, Redaktion Streife, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf,
E-Mail: streife@mik.nrw.de
Bitte der Redaktion: Bei E-Mails im Betreff nur PREISRÄTSEL eintragen und grundsätzlich die vollständige Privatadresse angeben. Danke!

IMPRESSUM

Herausgeber
Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Verantwortlich
Dieter Spalink,
Referat Öffentlichkeitsarbeit und
Online-Kommunikation

Redaktionsleitung
Ralf Hövelmann
Ministerium für Inneres und Kommunales NRW
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion *Streife*
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel. (0211) 871-23 66
Fax (0211) 871-23 44

CN-PolNRW 07-221-2366
Internet: www.streife.polizei.nrw.de
E-Mail: streife@mik.nrw.de
ISSN 0585-4202

Schlussredaktion
pressto GmbH, Köln

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:
Jörg Bockow, Helmut Etzkorn,
Claudia Franken, LKA NRW
Jürgen Mehlem, PP Bonn
Andrea Schaub, PSK
Volker Schmitz, MIK NRW
Carla Witte, LAFP NRW
Simone Wroblewski

Grafische Gestaltung und Satz
designiert Corporate Design, Düsseldorf

Druck
Stürtz GmbH, Würzburg
Papier: Bright matt,
PEFC-zertifiziert

PEFC™
PEFC/04-31-1404
Förderung nachhaltiger Waldwirtschaft
www.pefc.de

Die *Streife* erscheint im Zwei-Monats-Rhythmus 6 mal im Jahr. Beiträge zur Veröffentlichung können direkt an die Redaktion gesandt werden. An den abgedruckten Beiträgen behält sich die *Streife* alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.

Foto: Jochen Tack

Streife wird herausgegeben vom
Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes
Nordrhein-Westfalen
www.streife.polizei.nrw.de /// ISSN: 0585-4202

POLIZEI
Nordrhein-Westfalen